

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Bösen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Bösen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blättern vorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbetben. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postbedienten: Bösen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 290

Bromberg, Dienstag, den 15. Dezember 1936.

60. Jahrg.

Feierliche Krönungsproklamation im Britischen Weltreich.

König Georg VI. leistet den Treueid.

Aus London wird gemeldet:

Der Herzog von York wurde am Sonnabend nachmittag im Rahmen eines feierlichen Staatsaktes im St. James-Palast zum König Georg VI. von England ausgerufen. Gleichzeitig mit dieser historischen Sitzung, in der Georg VI. den Treueid des Thronrates entgegennahm und selbst den Eid auf die Verfassung ablegte, begann auch im ganzen Britischen Weltreich unter dem Donner von 21 Salutschüssen die gleiche feierliche Königsproklamation.

In London erfolgte im Anschluß an den Staatsakt im St. James-Palast die Ausrufung des neuen Königs an verschiedenen Plätzen der Stadt in dem historisch festgelegten Rahmen unter Mitwirkung aller Herolde und Träger der mittelalterlichen Wappentücher. Während der Verlesung der Königsproklamation in der City traten dann das Unterhaus und das Oberhaus zu einer Sitzung zusammen, in der die Abgeordneten den Treueid auf König Georg VI. leisteten.

Der Thronrat.

Im St. James-Palast war der Thronrat am Sonnabend um 12 Uhr MEZ zusammengetreten, um die Proklamation Königs Georg VI. aufzusehen. Zu diesem feierlichen Staatsakt versammelten sich die Kabinettsminister, sämtliche Mitglieder des Geheimen Rates, der Lord-Mayor und der Alderman von London, sowie die Chirurgen, die Inspekteure der obersten richterlichen Stellen der Stadt London. Sämtliche Mitglieder erschienen in prunkvoller Hofuniform oder in ihren mittelalterlichen Amtstrachten. Eine große Menschenmenge hatte sich vor dem Palast angehäuft, um dieses glänzende Schauspiel zu beobachten.

König Georg VI. hatte kurz vor 12.30 Uhr MEZ in der Uniform eines Admirals seine Wohnung verlassen, um sich zur Sitzung des Thronrats in den St. James-Palast zu begeben.

Eine große Menschenmenge begrüßte den neuen König mit stürmischem Jubel. Die Fahrt zum Buckingham-Palast glich einem Triumphzug.

Hier bestieg der König einen anderen Wagen, der die Königsstandarte führte. Neben ihm saß Admiral Sir Basil Brooke, der jahrelang in der Zeit, da der jetzige König noch Duke of York war, in seinen Diensten gestanden hatte. In einem weiten Wagen folgten dann drei Mitglieder des persönlichen Stabes des Königs. Vor dem St. James-Palast begrüßte wieder eine große Menschenmenge begeistert den König.

Der König wurde sofort in den Thronsaal des Palastes geführt. Der gesamte Thronrat wartete hier auf den neuen Monarchen, um

Ein deutsches Spanien-Memorandum.

Berlin, 14. Dezember. (DNB.)

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat den hiesigen Botschaften Englands und Frankreichs am Sonnabend nachmittag ein Memorandum übermittelt, in dem die Deutsche Regierung zu den englisch-französischen Vorschlägen für die weitere Behandlung der spanischen Frage Stellung nimmt. Das Memorandum hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Regierung beehrt sich, auf die Memoranden der königlichen Britischen und der französischen Regierung vom 5. d. M. über die Lage in Spanien folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Regierung teilt selbstverständlich den Wunsch der beiden Regierungen, in Spanien möglichst bald geordnete, friedliche Zustände hergestellt zu sehen und insbesondere der Gefahr eines Übergreifens des Brandes auf das übrige Europa vorzubürgen. Sie ist bereit, alle Maßnahmen zu unterstützen, die wirklich geeignet sind, diesem Zweck zu dienen, der allen ordnungsliebenden und auf die Sicherung des Friedens bedachten Regierungen in Europa am Herzen liegen muß.

2. Was den Vorschlag der beiden Regierungen anlangt, die Vereinbarung über die Nichteinmischung in die spanischen Wirren zu bekräftigen und durch weitere Verabredungen effektiv zu gestalten, so muß die Deutsche Regierung darauf hinweisen, daß sie von Anfang an, ja auch in ihrer Note vom 27. August d. J. dafür eingetreten ist, die direkten Abreden auf die Verhinderung der Ausreise von freiwilligen Teilnehmern an den Kämpfen in Spanien auszudehnen.

Sie hat es sehr bedauert, daß sich andere Regierungen damals hierzu nicht haben entschließen können, was zweifellos wesentlich dazu beigetragen hat, die Lage in Spanien zu verschärfen. Ob das allgemeine Verbot jeder direkten oder indirekten Intervention auch unter den heute gegebenen Verhältnissen noch zu dem erstreben Zielen führen kann, muß leider einigermaßen zweifelhaft erscheinen. Das bedarf angesichts der allgemein bekannten Rolle, die Landfremde Elemente in immer steigendem Maße bei der Entfesselung anarchistischer Aktionen in Spanien gespielt

vorzunehmen. Zu dem Rat gehörten auch die Vertreter der Dominions und Indiens, die zusammen mit den übrigen Mitgliedern einstimmig und eines Herzens erklären und proklamieren, daß der hohe und mächtige Prinz Albert Frederik Arthur Georg nun durch Gottes Gnade unser einziger mächtiger Lehnsherr als König Georg VI. ist, dem wir aus vollem Herzen und in demütiger Zuneigung Treue und königlichen Gehorsam schwören.

Die Mitglieder des Thronrates leisteten darauf Georg VI. ihren Treueid, womit die eigentliche Sitzung des Thronrates begann. Die erste Amtshandlung des neuen Königs war die übliche Erklärung an diesen Rat. Darauf verpflichtete sich Georg VI., für die Sicherheit der protestantischen Kirchen von England und Schottland zu sorgen.

Herolde rufen den König aus.

Auf vier Londoner Plätzen wurde Georg VI. am Sonnabend um 16 Uhr MEZ feierlich durch Herolde zum König ausgerufen. In der Straßen, durch die der historische Zug ging, standen Truppen aller Waffengattungen Spalier. Stunden vorher waren die Straßen bereits schwarz von Menschen. Jubelrufe der begeisterten Menge begleiteten die Herolde und Träger der mittelalterlichen Wappentücher vom St. James-Palast bis zur Königlichen Börse. In der City herrschte ein fast lebensgefährliches Gedränge. Alle amtlichen Gebäude der Stadt hatten Flaggen schmückt angelegt.

Die Herolde in ihren historischen Uniformen hatten sich im St. James-Palast versammelt, wo ein dreimaliges Trompetensignal die erste Verlesung der Proklamation ankündigte. Darauf setzte sich der Zug in Staatsfahrs, geführt von einer Eskorte von Garde-Kavallerie, durch die Mall in Bewegung. Vorbei an der Admiralsität ging es zum Charing Cross, wo die Proklamation zum zweiten Male durch den Herold von Lancaster verlesen wurde. Am Tempel kam es dann zu einer alten Zeremonie, die schon von früheren Thronbesteigungen bekannt ist. Die Straße war für den Zug durch ein Band gesperrt, um so zu befinden, daß hier die City von London beginnt, die nur mit besonderer Genehmigung betreten werden darf. Beim Herannahen des Zuges wurde die traditionelle Frage gestellt: "Wer kommt da?" Die Antwort lautete: "Seiner Majestät Herold, die Eintritt in die City von London verlangen, um seine Königliche Majestät König Georg VI. zum König auszurufen."

Ein Herold ohne Gefolge, nur von zwei Trompetern begleitet, erhielt darauf Einfahrt und wurde zum Lord-

haben und noch spielen, keiner näheren Begründung. Die Deutsche Regierung ist aber gleichwohl bereit, sich in dem Londoner Ausschuß, wie bisher, an allen Beratungen darüber zu beteiligen, wie eine Änderung dieses Zustandes und eine wirksame Kontrolle der autoreffenden Vereinbarungen herbeigeführt werden könnte.

Dabei ist sie aber der Ansicht, daß das Verbot direkter oder indirekter Intervention als ein einheitliches Gesamtproblem in Angriff genommen werden müßte.

3. Der Gedanke, durch eine gemeinsame Vermittlungsaktion der beteiligten Mächte den Kämpfen in Spanien ein Ende zu bereiten, verdient an sich sicherlich alle Sympathie. Die Deutsche Regierung hat indes schon durch die von ihr ausgewählte Anerkennung der Nationalen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß sie neben dieser Regierung keinen anderen Faktor in Spanien sieht, der noch den Anspruch erheben könnte, das spanische Volk zu repräsentieren. Die Nationalen Regierung gegenüberstehende Partei hat überdies durch die ganze Art ihres Kampfes, durch die Ermordung politischer Gegner, durch Geiselbefreiungen, Verbrennungen und andere Brutalitäten die Leidenschaften bis zum äußersten aufgepeitscht. Eine Versöhnung mit dieser Partei erscheint schon wegen der in ihr offensichtlich vorherrschenden anarchistischen Tendenz schwer denkbar. Wie es vollends in Frage kommen könnte, bei dieser Sachlage eine ordnungsmäßige Volksabstimmung in Spanien zu bewerkstelligen, vermag die Deutsche Regierung nicht zu erkennen. Trotzdem wird sie aber, wenn die anderen Regierungen brauchbare konkrete Vermittlungsvorschläge glauben machen zu können, an deren Prüfung und Verwirklichung bereitwillig mitarbeiten.

Berlin, den 12. Dezember 1936.

Auch ein Schritt Italiens und Portugals.

Auf den englisch-französischen Vorschlag wurde eine entsprechende Antwort auch von der Italienischen Regierung erteilt, und die Portugiesische Regierung antwortete in einem längeren Schriftstück, das 30 Seiten umfassen soll.

Major von London geführt, der in schwarz und goldener Robe, umgeben von hohen Beamten der Stadt, den Boten des Königs erwartete. Nach Überreichung der Proklamationsurkunde antwortete der Lord-Mayor: "Ich habe von dem Inhalt des Dokuments Kenntnis genommen und von der feierlichen Handlung, die stattfinden soll. Entsprechend altem Brauch der City von London werde ich meine Pflicht tun."

Nach einem Trompetensignal forderte dann ein Beamter der Stadt die Herolde auf, die Botschaft innerhalb der City zu proklamieren. Der ganze Zug rückte darauf in die City ein, und wiederum wurde Georg VI. feierlich zum König

Anschlag auf Stalin?

Die Wiener Presse verbreitet Meldungen über ein angebliches Attentat, das gegen Stalin vorbereitet wurde. Sowjetagenten sollen in der nächsten Nachbarschaft des Sekretariats Stalins eine Höllenmaschine entdeckt haben. Drei hohe Beamte der Tscheka (GPU) wurden unverzüglich ihrer Stellungen entbunden. Das Attentat auf Stalin sollte am Tage der Eröffnung des Sowjetkongresses verübt werden. Aus diesem Grunde hatte man die Beratungen des Kongresses im letzten Augenblick aus dem Gebäude der Großen Oper in den Kleinen Saal des Kreml verlegt. Hätte man den Attentatsplan nicht im letzten Augenblick aufgedeckt, so wären alle Teilnehmer des Kongresses zusammen mit Stalin in die Luft geslogen. Die GPU nimmt augenblicklich Massenverhaftungen vor, u. a. auch unter den Mitgliedern der Partei.

ausgerufen. Nun mehr schloß sich der Lord-Mayor den Herolden und der Prozession an, um an der letzten Verlesung der Proklamation vor der Königlichen Börse teilzunehmen.

Zur gleichen Stunde begann unter dem Donner der Salutschüsse

auch im ganzen Britischen Weltreich der gleiche feierliche Staatsakt. Als erstes proklamierte Neuseeland den neuen König. Der Generalgouverneur und das Neuseeländische Kabinett leisteten bereits um 8 Uhr MEZ den Treueid auf den neuen König. Etwa um die gleiche Zeit erfolgte die Proklamation in Queensland für das Dominion Australien. Zeitlich folgte sodann die Proklamation in Hongkong. In Kanada wurde am Sonnabend morgen das Amtsblatt veröffentlicht, in dem die Thronbesteigung Königs Georgs VI. angekündigt wird. Die Proklamation wird hier jedoch erst am Montag erfolgen. In der Südafrikanischen Union erfolgt die Veröffentlichung des Amtsblatts am Sonntag, während die feierliche Ratifizierung erst am 8. Januar nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments vorgenommen werden kann.

Die Dominions huldigen.

Der erste Staatsakt König Georgs VI. bestand in der Gewährung einer Audienz an die Vertreter der britischen Dominions in London, die dem König bei dieser Gelegenheit die Huldigung und das Treugelöbnis ihrer Länder überbrachten. Der König empfing sodann den Lordpräsidenten Ramsay MacDonald und genehmigte eine Verordnung, die bestimmt, daß der für die Krönung angesetzte Zeitpunkt unverändert bleibt. Die Krönung des neuen Königs wird somit am 12. Mai 1937 erfolgen.

Das Parlament leistet den Treueid.

Während der Verlesung der Königsproklamation durch die Wappenherolde in der Stadt traten das Unterhaus und das Oberhaus zu einer feierlichen Sitzung zusammen, in der die Abgeordneten den Treueid auf den neuen König leisteten.

Im Unterhaus waren etwa 100 Mitglieder anwesend. Die weiteren Abgeordneten werden den Treueid am Montag leisten. Nach dem Sprecher leistete als erster Ministerpräsident Baldwin den Eid, der folgendermaßen lautet:

"Ich schwör beim allmächtigen Gott, daß ich treu sein und treue Gefolgshaft Seiner Majestät König Georg leisten werde, seinen Erben und Nachfolgern, wie das Gesetz es vorschreibt."

Hierauf trug sich der Premierminister in das in Gold gebundene Buch des Hauses ein. Auf ihn folgten die Minister, die Geheimen Staatsräte und die übrigen Abgeordneten, wobei die Führer der Opposition dadurch ausgezeichnet wurden, daß sie unmittelbar nach den Ministern den Eid ablegen konnten.

Eine ähnliche Szene spielte sich im Oberhaus ab, das zum erstenmal seit dem Tode König Georgs V. zwei Thronhüter aufwies, da der neue König verheiratet ist. Unter den zahlreichen Lords, die den neuen Treuen leisteten, fiel vor allem der Erzbischof von Canterbury, das Oberhaupt der Anglikanischen Kirche auf.

Nicht: "Hüter des Glaubens."

Einige Londoner Blätter betonen, daß die offiziellen Almanaks für Eduards VIII. zwei interessante Besonderheiten enthalten. In der königlichen Botschaft an das Parlament wurden die königlichen Titel vollkommen

angeführt, jedoch die traditionelle Bezeichnung „Fürst des Glaubens“ ausgelassen. Ministerpräsident Baldwin hat in seiner Kundgebung die Zustimmung sämtlicher Dominions angeführt, dabei aber nicht den Freistaat Irland erwähnt.

Eduard VIII. in Österreich.

Der bisherige König Eduard VIII. von England, dem König Georg V. den Titel und Name eines Herzogs von Windsor verliehen hatte, hat, wie wir bereits berichtet haben, in der Nacht zum Sonnabend an Bord eines Kriegsschiffes seine Heimat verlassen.

* Glückwunschtelegramm des Führers

an König Georg VI.

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Meldung.) Der Führer und Reichskanzler hat Seiner Majestät König Georg VI. von Großbritannien seine aufrichtigsten Glückwünsche zum Geburtstag telegraphisch übermittelt.

* Irland macht sich selbstständig.

Das irändische Parlament hat am Sonnabend in zweiter Lesung mit 98 gegen 6 Stimmen ein Gesetz über die Anerkennung der Verfassung angenommen auf Grund dessen dessen König Georg VI. Irland nur noch formell in außenpolitischen Fragen vertreten wird. Gleichzeitig beschloß die Kammer mit derselben Mehrheit den Gesetzentwurf über die Abdankung des Königs Eduard VIII. und über die Anerkennung des Königs Georg VI. als Oberhaupt des Britischen Weltreichs.

* Frau Simpson kaufte eine Villa.

Nach einer Meldung des „Tunis-Soir“ hat Frau Simpson eine hervorragende Villa in Hammamet, 50 Kilometer von Tunis entfernt, gekauft.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Dublin meldet, hat dort der Verwalter eines Klubs auf die Nachricht von der Abdankung des Königs Eduard VIII. Selbstmord verübt.

Washington als Stützpunkte?

Das Bekanntwerden des deutsch-japanischen Abkommens in Paris hat dort bei der Regierung eine etwas seltsame Wirkung ausgelöst. Obwohl dieser Vertrag zwischen Berlin und Tokio, dessen Text ganz eindeutig und klar ist, sich nur gegen die zersetzende Wühlarbeit der in allen Ländern auf die Revolution hin arbeitenden Kommunistischen Internationale wendet und gegen ihre offene und heimliche Agitation wirkliche Abwehrmaßnahmen schaffen will, fühlt sich die französische Regierung offenbar in ihren außenpolitischen Abmachungen mit der Sowjetregierung getroffen. Sie gibt damit eigentlich zu, daß die Moskauer Behauptung, Sowjetregierung und Komintern seien zwei völlig getrennte und für einander nicht verantwortliche Körperschaften, eine Fiktion ist.

Aber auf jeden Fall hält man es in Paris für erforderlich, das deutsch-japanische Abkommen durch eine Rückversicherung bei den Vereinigten Staaten von Amerika zu parieren. Der Außenminister Delbos hat im Ministerrat erklärt, Frankreich sowohl wie England müßten ein engeres Verhältnis zu der „dritten großen Demokratie“, d. h. eben zu den Vereinigten Staaten, gewinnen.

Dieser Hinweis auf die „dritte große Demokratie“ ist eigentlich nicht ganz logisch in französischem Sinne. Man hat sich dort, ebenso wie in London, ja immer dagegen gewandt, daß eine Staatengruppierung nach weltanschaulichen Gesichtspunkten vorgenommen werde. Aber davon abgesehen ist es eine eigene Sache mit der „großen Demokratie“ jenseits des großen Wassers. Seitdem Herr Roosevelt das Steuer führt und nur das Ziel kennt, im Interesse der amerikanischen Volksgemeinschaft die Krisis zu überwinden, die sein Vorgänger Wilson verschuldet, als er die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg hineinführte, ist man drüber, mindestens bei den Gegnern der Rooseveltischen Politik, der Meinung, die „Demokratie“ habe einige Schaden gelitten. Auf jeden Fall steht der tapferste Präsident, der Ideen hat und der ganz genau weiß, was er will, sich wenig an demokratischen Zwirndänen, und die außerordentlichen Vollmachten, die er sich zur Durchführung seiner Pläne erteilen ließ, geben ihm über die Machtfülle hinaus, die der Präsident in USA ohnedies hat, auf vielen Gebieten diktatorische Befugnisse.

Aber das mit der „Demokratie“ im Munde des französischen Außenministers Delbos braucht man überhaupt gar nicht so wörtlich zu nehmen. Er würde den Vorschlag der eingeren Anlehnung an Washington wohl auch gemacht haben, wenn dort so autoritäres Regime herrschte, wie beispielsweise in Rom, mit dem das demokratische Frankreich sich zeitweilig ja auch politisch recht gut vertragen hat. Der politische Gedanke von Delbos entsprang der Überlegung, daß die Vereinigten Staaten in einem gewissen Gegenzug zu Japan stehen. Legt sich Japan nun so nachdrücklich gegen den Sowjetbolschewismus fest, so will Paris sich dort anklammern, wo es eine antijapanische Einstellung vermutet.

Die Sache hat einen Haken. Es ist nämlich noch gar nicht sicher, daß ein französischer Anbiederungsvertrag in Washington freudige Aufnahme findet. Seitdem das Kabinett Herriot im September 1932 gestürzt wurde, weil der damalige Ministerpräsident die Weiterzahlung der französischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten forderte, ist keine Rate mehr gezahlt worden. Washington hält aber an der Schuldenforderung vorläufig noch immer fest, und es liegen sogar Beschlüsse vor, die diesen Staaten, die die Zahlung verweigern, wirtschaftspolitisch im Verkehr mit USA diskriminieren. Frankreich ist auch betroffen. Will man sich Washington nähern, dann muß man wohl oder übel die bisherige französische Haltung in der Kriegsschuldenfrage aufgeben und zahlen. Delbos hofft sich über eine extragliche Abfindungssumme mit den Vereinigten Staaten einigen zu können. Er hat sogar einige Eile damit. Das hängt aber nicht mit dem deutsch-japanischen Abkommen zusammen, sondern damit, daß Italien, um zu einem Handelsvertrag mit USA zu gelangen, in Washington bereits Verhandlungen über die Regelung der Kriegsschuldenfrage eingeleitet hat. In Paris ist man darüber etwas bestürzt, denn man fürchtet nun ins Hintertreffen zu kommen und gegenüber Italien wirtschaftliche und finanzielle Nachteile zu erleiden.

Schließlich bietet der deutsch-japanische Vertrag nach außen also nur einen willkommenen Vorwand, um etwas zu tun, was die Regierung Blum ohnedies schon zu tun vorhatte.

Uncars Innenminister in Berlin.

Der ungarische Innenminister von Kozma traf auf Einladung des Reichsinnenministers Dr. Frick in Begleitung seiner Gattin in der Reichshauptstadt ein.

Eine neue Aktion Moskaus in China.

Marschall Tschiangkaischel verhaftet.

Aus Nanking liegen Meldungen vor, die auf eine neue gefährliche Aktion Moskaus im Fernen Osten hinweisen. Der Kommandeur der Truppen von Sianfu, der Hauptstadt der Provinz Shensi, der junge General Tschanghsue-liang, Sohn des früheren Oberkommandierenden der Mandchurie, hat den Versuch unternommen, sich des Verwaltungsapparats Tschiangkaischels zu bemächtigen und dem Kommunismus in China unter Eingehung eines engen Bündnisses mit Sowjetrußland Anerkennung zu verschaffen.

Er hat in einem Rundfunktelegramm alle chinesischen Behörden zum Aufstand gegen den Marschall Tschiangkaischel, den Präsidenten des Reichsvollzugsamtes und Oberkommandierenden der Nankingtruppen aufgefordert, ferner den Marschall Tschiangkaischel, der sich in der Hauptstadt der Provinz Shensi, Sianfu, aufhielt, sowie eine Anzahl hoher chinesischer Persönlichkeiten, darunter den Innenminister, die Wehrkreiskommandeure der Provinz Fukien und des Gebiets von Honan, Hupeh und Shensi gefangen gesetzt. Dies veranlaßte die Nanking-Regierung, den jungen Marschall Tschanghsue-liang aller seiner Ämter zu entheben.

Das Vorgehen Tschanghsue-liangs wird in Nanking äußerst bedauert. Tschanghsue-liang, so sagt die halbamtliche der Kuomin naheliegende Zeitung „Central Daily News“, habe seine Pflichten äußerst mangelhaft erfüllt. Trotzdem habe die Nanking-Regierung ihm großmütig verziehen in der Hoffnung, daß er später Besseres leiste. Im Augenblick eines ausländischen Angriffs und angesichts des Feldzuges zur Unterdrückung der Banditen, der kurz vor seinem Ende stand, habe er sich erlaubt, seinen höheren Befehlshaber, den Marschall Tschiangkaischel, gefangen zu nehmen und irrsinnige Vorschläge zu machen. Ein Mann, dem die Aufgabe gestellt gewesen sei, die Banditen zu unterdrücken, benahme sich selbst wie ein Bandit. Ein Soldat, der sich gegen seine Vorgesetzten vergehe — und das ne Tschanghsue-liang —, müsse aus seinen Stellungen entlassen und der Militärkommission zur Bestrafung ausgeliefert werden. Wie „Central Daily News“ berichtet, befand sich Tschiangkaischel seit längerer Zeit in Sianfu, um die Verteidigung der Provinz Suyuan und der anderen nordwestchinesischen Provinzen gegen die Kommunisten zu leiten.

Die telegraphische Verbindung zwischen Nanking und Sianfu ist unterbrochen. Die Nanking-Regierung hat, wie sie betont, die Lage voll in der Hand. Sie wies die Provinzial- und sonstigen Verwaltungsbehörden an, scharfe Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens zu treffen. Allen ausländischen diplomatischen Vertretungen wurde amtlich mitgeteilt, daß Marschall Tschanghsue-liang gemeint und den Marschall Tschiangkaischel in Sianfu festgenommen habe. Strafmaßnahmen gegen Tschanghsue-liang seien eingeleitet.

Der chinesische Staatspräsident, Linen, passte an Bord eines Kanonenbootes auf der Fahrt nach Nanking Shanghai. Dorthin sind auch der Finanzminister Kung Hsiang-hsi und Frau Tschiangkaischel nach einer Konferenz mit politischen Führern Shanghai abgereist.

Nankingtruppen dem Kriegsminister unterstellt.

Nach Eingang der Meldungen über die Menterer in Sianfu fand sofort eine außerordentliche Sitzung des Ständigen Parteiausschusses und des Zentralpolitischen Ausschusses statt, die bis nach Mitternacht dauerte. Es wurde beschlossen, dem Finanzminister und bisherigen Vizepräsidenten, Dr. Kung Hsiang-hsi, das Präsidium des Reichsvollzugsamtes vertretungsweise zu übertragen. Die Militärkommission wird um sieben Mitglieder, darunter der Generalstabschef und der Marineminister, vermehrt. Die Leitung der Militärkommission übernimmt General Fengyu-shiang, der bisherige Vizepräsident der Kommission. Die Nanking-Truppen werden den ständigen Mitgliedern der Militärkommission und dem Kriegsminister unterstellt. Der menterende General Tschanghsue-liang wird aller seiner Posten entzogen, seine Truppen werden unmittelbar der Militärkommission unterstellt. Außerdem wurde die Auslieferung Tschanghsue-liangs an die Militärkommission zur Bestrafung angeordnet.

Kriegszustand über Nanking.

Die Nachricht von der Gefangenennahme des in ganz China verehrten Marschalls Tschiangkaischel, die sich wie ein Raussener durch die chinesischen Städte verbreite, hat die größte Bestürzung hervorgerufen. Aus Peiping in Shanghai eintreffende Meldungen behaupten, der Marschall sei von den Menterern unmittelbar nach seiner Festnahme in dem 35 Kilometer von Sianfu entfernten Bade Hansu ermordet worden.

Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor, jedoch sprechen auch Privattelegramme von Engländern und Amerikanern aus Peiping vom Tode des Marschalls Tschiangkaischel. Dem widerspricht allerdings eine bei Frau Tschiangkaischel, die aus Shanghai in Nanking ankam, eingetroffenes Telegramm der Menterer, in dem ihr mitgeteilt wird, daß ihrem Mann, der in Hansu festgehalten wird, nichts geschehen werde.

Die Drahtzieher des Aufstandes in Sianfu sind zahlreiche Sowjetrusen, die für die kommunistische Versuchung der Truppen des Generals Tschanghsue-liang geforgt haben. Den Befehl zur Verhaftung des Marschalls Tschiangkaischel gab der Kommandeur der 150. Division, General Siu-tsu-han und der Befehlshaber dieser Division, General Tanhai. Die beiden Offiziere hatten früher hohe Posten in der mandchurischen Armee unter dem Befehl des Generals Tschanghsue-liang inne. Sie waren als Todfeinde des Marschalls Tschiangkaischel bekannt.

Über Nanking wurde am Sonntag früh der Kriegszustand verhängt. Gleichzeitig wurde den chinesischen Beiträgen verboten, über die Menterer Nachrichten zu veröffentlichen. Seit dreißig Stunden liegt eine permanente Konferenz von dreißig chinesischen Führern, unter ihnen Fengyu-shiang, Sunfo und General Hsing-tschui. Die Konferenz beschloß, den Führer der Rebellen, General Tschanghsue-liang abzuholen und den Haftbefehl gegen ihn auszustellen. Die Reorganisation seiner Truppen wird unter Überwachung des nationalen Militärrates erfolgen. General Hsichunguan wurde mit der Bildung eines Expeditionskorps beauftragt, das in die bedrohten Landesteile austrücken wird.

Dreifaches Ultimatum.

Die Lage ist vor allem deshalb so bedrohlich, weil die Menterer an die Nankingregierung ein dreifaches Ultimatum richteten, in dem sie erstens die sofortige Eingleitung militärischer Operationen und die Kriegs-

erklärung an Japan verlangen, zweitens die Zurückgewinnung der verlorenen Gebiete in Mandchurien und drittens die Wiederherstellung der Politik Sunyatsens der Anerkennung der Kommunisten. Nanking forderte in der Antwort auf dieses Ultimatum die sofortige Freilassung des Marschalls Tschiangkaischel und der übrigen verhafteten Generale, bevor es in die Diskussion dieser Forderungen eintrete.

Die wirkliche Führung bei der Komintern.

Das Rundfunktelegramm Tschanghsue-liangs, mit dem er die chinesischen Behörden zum Absatz von Nanking aufforderte, enthält auch die Forderung nach einem Bündnis mit Sowjetrußland und die Aufnahme der Kommunisten in die Kuomintang. Diese Forderungen bestätigen die Vermutung, daß der Schritt Tschanghsue-liangs auf Befehl der Komintern erfolgte. Bereits Mitte November sitzte in Sianfu durch, daß Tschanghsue-liang ein willenloses Werkzeug der Kommunisten geworden sei und seine Truppen mit der Roten Armee sich anbiederten.

Die Beziehungen zu Kommunistenkreisen, die bereits im vorigen Jahr aufgenommen wurden, wurden derart eng, daß chinesische und ausländische Kominternvertreter sich in Sianfu heimlich aufhielten und die Berater Tschanghsue-liangs wurden. Auch die Nanking-Regierung war hinter die Fäden Tschanghsue-liangs gekommen und plante Gegenmaßnahmen, die die Umzinglung der unzuverlässigen Truppen Tschanghsue-liangs durch 50 ausgewählte Regimenter der Nanking-Regierung unter dem Kommandeur der ersten Division, Hu Tsung-nan, führen sollten.

Am 11. Dezember glaubte Tschiangkaischel die Zeit gekommen, um Tschanghsue-liang das Kommando zum Kampf gegen die Banditen im Nordwesten aus den Händen zu nehmen. Am nächsten Morgen jedoch unterbrachen plötzlich die Truppen Tschanghsue-liangs die Lung-hai-Bahn bei Tungkuo und entwaffneten die Leibwache Tschiangkaischels, den sie gefangen genommen. Am Abend erließ Tschanghsue-liang das erwähnte Rundfunktelegramm, das neben den genannten Forderungen auch die Kriegserklärung Tschiangkaischels verlangte.

Die Entschlossenheit, mit der alle diese Aktionen durchgeführt wurden, steht im Widerspruch mit der weichlichen Haltung Tschanghsue-liangs, so daß man daraus schließt, daß die wirkliche Führung geschulte Kräfte der Komintern übernommen haben. Ein Vorliegen rein vaterländischer Gesichtspunkte für den Absatz Tschanghsue-liangs von Nanking wird in chinesischen Kreisen allgemein geleugnet.

Japan und die Vorgänge in China.

Die Meldungen über die Vorgänge in China sind in Tokio mit größter Bestürzung aufgenommen worden. Die Erörterung der Lage der Chinesischen Zentralregierung steht augenblicklich im Vordergrund des Interesses. Das japanische Kabinett ist bereits zweimal zu längeren Beratungen zusammengetreten. Es ist beschlossen worden, zunächst die weitere Entwicklung der Lage in China abzuwarten. Falls es nötig sein werde, wird von Seiten der Regierung versichert, werde Japan umfassende Maßnahmen ergreifen, um das Leben und die Sicherheit der japanischen Bürger in China zu schützen. In politischen Kreisen sieht man die Lage für ganz Ostasien besonders deshalb als gefährdröhrend an, weil der Kommunismus die treibende Kraft der Menterer Tschanghsue-liangs ist. Nach japanischer Ansicht ist die Krise ohne eine vollkommene Umbildung der Chinesischen Zentralregierung nicht zu lösen.

Freispruch.

Durch die Entscheidung des Kreisstarosten von Schubin wurde die Jugendpflegerin der Deutschen Vereinigung, Fräulein Hildegard Schmidt, am 27. April 1936 auf Grund des § 27 des Gesetzes über die Übertretungen zu 100 Bloß Geldstrafe verurteilt, oder im Nicht-Eintreibungsfalle zu fünf Tagen Arrest. Die Verurteilung erfolgte aus dem Grunde, daß laut Mitteilung der Polizei Fräulein Schmidt am 18. März 1936 im Jugendheim in Groholin der deutschen Jugend „Unterricht in deutscher Geschichte“ erteilte, wozu sie angeblich nicht die „Berufsfähigkeit“ besaß.

Gegen diese Entscheidung des Kreisstarosten in Schubin wurde Einspruch erhoben, wodurch die Angelegenheit an das Bromberger Bezirksgericht verwiesen wurde. Nachdem die Verhandlung mehrmals vertagt worden war, wurde Fräulein Schmidt am 11. Dezember freigesprochen, da sie nachweisen konnte, daß sämtliche Kursteilnehmerinnen in Groholin über 18 Jahre alt waren, also sich nicht mehr im schulpflichtigen Alter befanden. In der Urteilsbegründung wurde ferner hervorgehoben, daß sämtliche Kursteilnehmerinnen — etwa 20 Personen — Mitglieder der Deutschen Vereinigung waren, daß die Wojewodschaft über die Abhaltung dieses Kurses in Kenntnis gebracht worden war und daß auf Grund des § 3 der von den Behörden genehmigten Satzungen der Deutschen Vereinigung die Organierung von Kursen vorgesehen ist.

Verhandlungen über die Herabsetzung des Bündholzpreises.

Der Sejmabgeordnete Stanislaw Hermannowicz hatte vor kurzem an die Regierung eine Interpellation in der Frage der Tätigkeit der polnischen Biegwaldstellen des schwedischen Bündholztrustes gerichtet. Der Interpellant hat jetzt, wie die polnische Presse berichtet, vom Finanzministerium eine Antwort erhalten, in der es heißt, daß der in der Anfrage bemängelte Zustand dem Ministerium bekannt sei. Der Zustand sei eine Folge des zwischen der polnischen Regierung und der schwedischen Aktiengesellschaft abgeschlossenen Abkommens über die Verpachtung des Bündholzmonopols. Das Finanzministerium führt augenblicklich mit der Gesellschaft Verhandlungen mit dem Ziel, den Bündholzpreis herabzusetzen, wodurch der Verbrauch von Bündholzern und die Umsätze der Holzindustrie eine Erhöhung erfahren würden. Das Ministerium gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gesellschaft Verständnis für das beiderseitige Interesse, und zwar des Staatsfiskus und der Monopolinhaberin zeigen werde.

Waisenland der Weichsel vom 14. Dezember 1936.

Krakau — 2,87 (+ 2,80), Jawichost + 1,37 (+ 1,45), Warsaw + 1,19 (+ 1,24), Bielsko + 1,05 (+ —), Thorn + 1,24 (+ 1,35), Gorlice + 1,21 (+ 1,19), Czum + 1,17 (+ 1,22), Graudenz + 1,37, Kurysebra + 1,40 (+ 1,47), Lielu + 0,75 (+ 0,82), Dirichau + 0,78 (+ 0,84), Einlage + 2,30 (+ 2,32), Schiemersdorf + 2,42 (+ 2,48). (In Klammern die Meldung des Portades.)

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 14. Dezember.

Leicht bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet leichte Bevölkerung bei meist trockenem Wetter und fördern der Nachfrage an.

Das Märchenstück der Dregerschen Schule.

Ein so ausverkauftes Haus, wie wir es am vergangenen Sonnabend erlebten, sah die Deutsche Bühne schon lange nicht. Die Kinder der Dregerschen Schule hatten zu der Aufführung eines Waldmärchen eingeladen — und der Einladung war alt und jung gern gefolgt. Die Aufführungen der Dregerschen Schule haben einen guten Ruf. Wer denkt nicht mit Freude an den „Mattenfänger“ zurück, der uns im Vorjahr beschert wurde?

Das Waldmärchen, das uns diesmal erfreute, brachte eine bunte, zierliche und fröhliche Schar auf die Bühne. Den Schmetterlingskönig, die Prinzessin Lotos und den Prinzen Morganian, zahlreiche Räuber und Blüten, eine kleine Motte und eine Bohnenblüte, Rittersporn, Spinne und Schnecke, einen dicken Hamster und eine prächtig-komische Frau Hamster, einen Lehrer und ausgelassene Schuljungen, einen hervorragend nervös-graziösen Kapellmeister Grille mit einer guten Kapelle, Engel und liebliche Elfen, eine zielhafte Libelle und Wichtelmänner und die Mutter Erde.

Der Berichterstatter zerbricht sich den Kopf, ob er nicht irgend jemand ausgelassen, irgendwem vergessen habe. Wenn es geschehen sein sollte, so bitte er um Vergebung: 85 Mitwirkende — die kann man sich schwerlich alle merken! 85 Mitwirkende — wer macht sich einen Begriff davon, welche Arbeit hier Woche um Woche geleistet werden mußte, um mit einer solchen Schar kleiner Trabanten dieses Spiel in vier Bildern einzuführen! Tänze reihen sich an Tänze, Lieder erklingen und Festzüge gab es die Fülle. Und alle Mitwirkenden waren begeistert bei der Sache.

Die Aufführung fand herzlichen Beifall, den sie auch verdient hat; denn sie war ein Beweis dafür, zu welchen Leistungen man es bringen kann, wenn alle sich in den Dienst einer Sache stellen. Mit großer Mühe und sehr viel Liebe ist hier eine anerkennenswerte Leistung vollbracht worden, begonnen bei den ersten Tanzschritten, die den Kleinen beigebracht wurden bis zu der Gesamtaufführung mit allen Kleinigkeiten, nicht zu vergessen die geschmaackvollen Kostüme, die in mühevoller Arbeit entstanden.

Die kleinen Schauspieler, Sänger, Tänzer und Statisten haben den Beifall geerntet. — Den Lehrerinnen und der Schulleitung gebührt Anerkennung und Dank, daß sie uns diesen Abend bereitet haben.

Ein neuer Fahrplan tritt mit dem 15. Dezember in Kraft; der Fahrplan bringt jedoch nur geringe Veränderungen.

Beim Bade den Tod gefunden hat die 26-jährige Chemikerin Selma Zelazna, die beim Landwirtschaftlichen Institut (fr. Kaiser-Wilhelm-Institut) beschäftigt war. Die junge Dame hatte im Hause fr. Bielowplatz (Beyenshöfe) 9 als Untermieterin ein Zimmer inne und nahm gestern abend ein Bad. Als der Wohnungsinhaber nach geruher Zeit das Wasser in dem Badezimmer über den Rand der Wanne plätschern hörte, wollte er in das Zimmer, das jedoch verschlossen war. Auf seine Rufe wurde ihm nicht geantwortet. Er benachrichtigte darauf Hausbewohner, mit deren Hilfe man die Tür des Badezimmers öffnete. Hier fand man die Untermieterin in der Wanne mit dem Kopf unter der Wasseroberfläche auf. Da sich im Zimmer ein starker Gasgeruch bemerkbar machte, muß angenommen werden, daß Fräulein Zelazna durch das Gas betäubt worden ist und dann in das Wasser sank. Die Rettungsbereitschaft und drei herbeigeholte Ärzte waren nicht in der Lage, die Vermüllte wieder ins Leben zurückzurufen.

Bei der Arbeit verunglückt ist in der Papierfabrik ein 23-jähriger Arbeiter namens Leon Kruckowski, der mit der rechten Hand zwischen die Walzen einer Maschine geraten war. Er mußte in das Städtische Krankenhaus übergeführt werden.

Ein Dieb las Bettler. Ein etwa 18-jähriger Bursche kam in das Kolonialwarengeschäft von Budziak, Schlesienstraße 14, angeblich um zu betteln. Als jedoch der Ladeninhaber nicht sofort erschien, beugte sich der Bettler über den Ladentisch, öffnete die Kasse, und stahl, was er erlangen konnte. In dem gleichen Augenblick erschien der Kaufmann, worauf der Täter die Flucht ergriß. Der Kaufmann eilte ihm nach, konnte den Dieb fassen und der Polizei übergeben. Etwa 10 Zloty, die der Bursche erbeutet hatte, wurden dem Kaufmann zurückgegeben.

Immer wieder Fahrraddiebstähle. Dem Posenerstraße 17 wohnhaften J. Loope wurde ein Fahrrad entwendet, das vor dem Schuhgeschäft der Frau Kowalska, Friedrichstraße (Długa) 26 stand. — Auch dem Bierträger Wisniewski wurde vor dem Hause Weltmarkt (Plac Wolności) 1 ein Rad, das dem Postamt gehörte, entwendet.

Ein Motorradbrand entstand Sonntag gegen 18.45 Uhr auf dem Wollmarkt (Weltmarkt Rynek). Bei einem Motorrade, das am Bordstein stand, explodierte plötzlich der Benzintank und eine Stichflamme stieg bis zur Höhe des ersten Stockwerks auf. Die alarmierte Feuerwehr konnte das Feuer bald löschen.

In einem Vertragsprozeß hatte sich vor dem hiesigen Burggericht der 29jährige Hausbesitzer Wacław Dundek aus Inowrocław zu verantworten. Die Anklage schrift legt dem Angeklagten zur Last, daß er in zwei Fällen in seinem hier gelegenen Hause gegen Vorauszahlung der Miete Wohnungen vermietet habe, ohne daß die Mieter in den Besitz der Wohnungen gelangten. Im Juni d. J. vermietete D. an die Cheleute Romaniec eine Wohnung in seinem Hause, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, wofür er sich die Miete für ein halbes Jahr im voraus 89 Zloty als Contozahlung geben ließ. An die Chefrau Johanna Antonia vermietete er ein Zimmer und Küche und erhielt dafür 70 Zloty. Beide Mieter erhielten weder die Wohnung noch zahlte er ihnen das Geld zurück. Vor Gericht bekannte sich der Angeklagte nicht zur Schuld. Zu seiner Verteidigung führt er an, daß er von dem Mietvertrag mit dem R. aus dem Grunde zurückgetreten sei, da er erfahren habe, daß dieser ein schlechter Zahler sei. Die der Antonia dagegen vermietete Wohnung werde von dem alten Mieter nicht geräumt. D. muß zugeben, daß er bis heute den beiden Geschädigten das Geld noch nicht zurückgegeben habe, was er jedoch tun wolle. Nach durch-

geföhrter Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis mit fünfjährigem Strafauftakt unter der Bedingung, daß er den Leuten das Geld in einem Monat zurückzustellen.

Zwei berümmte Halbspieler hatten sich in dem 28jährigen Francisk Moksal, der bereits achtmal vorbestraft ist, und dem 47jährigen Czeslaw Szpigiel, der zweimal vorbestraft ist, vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Auf dem Hof des Schlachthauses hatten die beiden Angeklagten im Dreißigjährigen Krieg dem Arbeiter Władysław Bezikowski 15 Zloty abgenommen. Das Gericht verurteilte den Moksal zu acht Monaten Gefängnis. Szpigiel wurde mangels an Beweisen freigesprochen.

Festgenommener Taschendieb. Wie wir berichten, wurde dem Kaufmann Poniatowski, Meistr. (Kaufhaus) 3, während des Wohltätigkeitscairs für das polnische Winterhilfswerk ein Geldstückchen mit 70 Zloty gestohlen. Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, den Täter zu entlarven und festzunehmen. — Festgenommen wurde ferner das Dienstmädchen Maria Bachęć ohne festen Wohnsitz, das sich den Diebstahl einer Uhr zuschulden kommen ließ.

v Argenau (Gnielkowo), 12. Dezember. Bei dem Landwirt Clemens in Argenau brannte aus bisher unbekannter Ursache ein Strohschober nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

Der lezte schwach besuchte und beschickte Wochenmarkt brachte Butter zu 1,80—1,40, Eier zu 1,50—1,60. Absatzferkel wurden mit 18—28 Zloty gehandelt.

Bartholin, 12. Dezember. Ein Unglücksfall ereignete sich in Knieja. Die sechsjährige Jadwiga Lewandowska hatte sich auf das noch dünne Eis eines Teiches begeben und brach ein. Auf die Hilferufe des Kindes eilten die Eltern und andere Personen herbei; jedoch blieben alle Versuche, das Kind zu retten, erfolglos.

Auf der Treibjagd in Sadłogoszcz und Dąbrówka wurden 124 Hasen und ein Kaninch geschossen. Jagdkönig wurde Franz Reiter aus Dąbrówka mit 14 Hasen. Bei der Treibjagd in Krotoszyn wurden 102 Hasen geschossen. Jagdkönig war St. Bühlendorf aus Bartholin mit 17 Hasen.

E Budzyn, 13. Dezember. Wegen der hier herrschenden Scharka- und Diphtheritisepidemie sind die hiesigen Schulen seit einiger Zeit geschlossen. Im Laufe dieser Woche starben drei Kinder.

Bermieth wird seit dem 2. d. M. das neunjährige Söhnchen einer aus Deutschland zu Besuch weilenden Dame. Um zweckdienliche Angaben über den Verbleib des Kindes wird gebeten.

* Grotte (Gorowino), 14. Dezember. Vor einigen Tagen berichteten wir über den Überfall, der auf den 24-jährigen Stanisław Benzi verübt wurde. Die polizeiliche Untersuchung ermittelte als vermutlichen Täter den 29-jährigen Bronisław Pionkowski. Er soll mit einem Knüppel derart auf B. eingeschlagen haben, daß an dem Aufkommen des letzteren gezwungen wird.

z Gnesen (Gniezno), 13. Dezember. Am 8. Dezember feierte der Besitzer August Müller aus Ganina in bester körperlicher und geistiger Rüstigkeit seinen 82. Geburtstag.

ss Gnesen (Gniezno), 13. Dezember. Die 61-jährige Landwirtsfrau Marie Wanke in Ostrowo geriet während des Dreschens mit der Hand in das Mähdreschergetriebe, welches ihr beide quetschte und zerstörte. Im Gnesener Krankenhaus mußte die Hand amputiert werden.

y Hopsengarten (Brzoza), 13. Dezember. Am Freitag brach ein Schadenfeuer bei dem Besitzer Dey in Hopsgarten aus, durch das eine Scheune mit Hen und landwirtschaftlichen Maschinen vernichtet wurden. Der Gesamtschaden beträgt ungefähr 6000 Zloty. Die Feuerwehr aus Giechdorf (Rybaki) konnte ein Umschlägen des Brandes verhindern.

z Inowrocław, 13. Dezember. Vor einiger Zeit bot ein Haushalter bei hiesigen Leuten ein Magen- und Herzmittel an, wobei er sich in jedem Falle 5 Zloty Anzahlung geben ließ; der Rest mit 10 Zloty sollte bei Ankunft der Ware per Nachnahme erhoben werden. Da aber bis jetzt keine Ware angekommen ist, hat es den Anschein, als wenn die Käufer einem Schwinder ins Garn gegangen sind.

Beim Kaufmann Ciechocki drangen Einbrecher in die Wohnung ein und plünderten sie fast vollständig aus. Beim Wegschaffen der Beute wurden sie jedoch vom Nachtwächter ergriffen und festgenommen. Die gestohlenen Sachen wurden ihnen abgenommen.

In Miechowice drangen unbekannte Diebe durch das Fenster in die Wohnung des Landwirts Franz Bartoszak und entwendeten Garderobe und Wäsche im Gesamtwert von 500 Zloty. Die Polizei ist den Dieben auf der Spur.

ss Mogilno, 11. Dez. Die Frauengruppe der Webschafftsgesellschaft Kaiserfelde (Dąbrowa) hielt im Deutschen Vereinshaus in Mogilno eine gut besuchte Versammlung ab. 35 Landwirtsfrauen und Töchter hatten an einer mit Tannengrün und brennenden Adventskerzen geschmückten Kaffeetafel, von der Vorsitzenden Frau Roth-Twierdzin begrüßt, Platz genommen. Nach einem gemeinsam gesungenen Liede hielt Fräulein Ilse Busse-Smielow einen Vortrag über „Zubereitung von Weihnachtsgebäck“. Zum Schluß gab die Rednerin Anregungen über zu veranstaltende Kurse.

○ Budzyn (Bobrowica), 13. Dezember. Dem Restaurateur Łożynski wurden 8 Centner Kartoffeln gestohlen. Die Diebe konnten ermittelt werden. — Bei dem Landwirt Niemann in Skotuzewo waren Diebe durch ein Fenster in die Wohnung eingedrungen und stahlen Pelze, Wäsche und Herren- sowie Damengarderobe im Wert von 1000 Zloty.

○ Posen, 11. Dezember. Das Oberste Verwaltungsgericht hat das Urteil, das bezüglich der Nichtbestätigung der Wahl des langjährigen Stadtpräsidenten Ratajski gefällt worden ist, unter Abweisung einer Klage der Nationaldemokraten bestätigt. Einer Beschwerde gegen die Höhe des Gehalts des derzeitigen Stadtpräsidenten Wieczkowski hat das Oberste Verwaltungsgericht stattgegeben.

Die neue Fleischhalle am Alten Markt ist am Sonnabend, vormittags 9 Uhr, eröffnet und dem Verkehr übergeben worden.

Die Goldene Hochzeit feierte der Steinziehmeister Rudolf Bergmann mit seiner Frau Agnes, geb. Reder in großer förmlicher und feierlicher Frische.

○ Posen, 13. Dezember. Deutlich wird das in seine Rechte wieder eingeführte frühere Stadtparlament zu einer Sondersitzung einberufen werden, um die Wahl des Stadtpräsidenten vorzunehmen. Der Tag der Sitzung kann erst festgestellt werden, nachdem die Ausschreibung der Neuwahlen durch einen offiziellen Entscheid des

Innenministers rückgängig gewählt worden ist. Die Nationaldemokraten beanspruchen für die Neuwahl des Stadtpräsidenten den früheren Generaldirektor der Bank Polski, Rechtsanwalt Dr. Mieczkowski, aufzustellen.

Der Hausbesitzerverein hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gegen die außerordentliche Belastung, besonders der kleineren Hausbesitzer durch die Erhöhung der Kanalisationsgebühren Einspruch zu erheben.

Selbstmord durch Vergiftung verübt aus unbekannter Ursache in einem Parc am Sapiehaphatz die 23jährige Anna Woźnica. Sie starb bald nach ihrer Einlieferung im Stadtkrankenhaus. — Auf dem Posener Bahnhof unternahm der 23jährige Edmund Bialecki aus Warschan aus Verzweiflung über seine wirtschaftliche Notlage einen Selbstmordversuch durch Verschlucken von Giftkapseln. Er wurde in hoffnungslosem Zustand ins Stadtkrankenhaus geschafft.

S Samotschin (Samochn), 13. Dezember. Der letzte Karneval, Bieh- und Pferdemarkt hatte viele Interessenten, Käufer wie Verkäufer angelockt. Auf dem Karnevalmarkt entfaltete sich bald ein reges Treiben. Die Stände waren vom polnischen Verein der Handwerker und Kaufleute gemietet, um jüdische Händler nicht zu zulassen. Ein großer Auflauf entstand, als sich ein jüdischer Händler trotzdem einen Stand „erobern“ wollte. Die Polizei schlichtete schließlich den Vorfall. — Der Auftrieb von Rindvieh betrug ca. 250, Pferde ca. 100. Der Umsatz auf dem Pferdemarkt war schwach, besser dagegen auf dem Viehmarkt. Gutes Material war nur wenig vorhanden.

Während des Marktes wurden vom Hof des Schmiedemeisters Siede zwei Fahrräder gestohlen. Die Täter konnten nicht gefasst werden.

Die Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe hielt am Donnerstag bei Erdmann ihre Monatsversammlung ab. Diplom-Volkswart Lis hielt einen Vortrag über Steuerfragen.

* Bluki (Blóki), Kreis Bromberg, 14. Dezember. In der Nacht zum Sonnabend brannte ein Großfeuer bei dem Landwirt Stanisław Hermet in Bluki aus. Eine große Scheune brannte vollständig nieder, dagegen zwei Schuppen. Die Feuerwehren hatten Mühe, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

+ Wissel (Wysocka), 13. Dezember. Die Pfarrstelle in Wissel ist nun wieder besetzt worden. Pfarrer Dietelkamp aus Ortsheim, Kreis Mogilno, der im 30. Lebensjahr steht, hat die Stelle übernommen.

+ Wissel (Wysocka), 10. Dezember. In der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung fanden Neuwahlen für den Vorstand statt, denen die Bg. Schauer als Vorsitzender, Niedtke-Seehof als Schriftführer und Zimmermann-Wolshagen als Kassenführer hervorgingen.

Der Weihnachtsmarkt war gut besucht und gut besucht, doch wurde wenig gekauft. Auf dem Viehmarkt waren über 100 Stück Vieh aufgetrieben. Gutes Pferdematerial fehlte jedoch ganz. Kühe kosteten 150—250 Zloty.

Der neue Bromberger Fahrplan.

Gültig ab 15. Dezember 1886.

Die Schnellzüge sind durch Jettdruck gekennzeichnet. Die Zeiten von 12—24 gelten von Mittag bis Mitternacht.

Aus Bromberg nach:

Thorn—Warschan: 2.47, 6.10**, 8.05*, 10.01, 14.05, 15.26*, 17.47***, 18.24, 19.37*, 22.05*, 22.50.

* bis Thorn.

** nur bis Thorn an Arbeitstagen.

*** bis Kutno.

Dirschau: 3.55, 4.46**, 5.40*, 7.43, 12.24, 13.35*, 14.15**, 17.17, 19.41, 20.10.

* bis Dirschau.

** bis Maxhal.

Posen über Inowrocław: 2.29*, 3.50, 6.32, 11.20, 13.55, 18.40, 22.03, 23.20*.

* bis Inowrocław.

Posen über Wongrowitz: 5.00, 10.40, 13.38*, 18.25.

* verkehrt nur an Arbeitstagen bis Wongrowitz.

Schneidemühl: 0.02*, 4.05*, 6.02, 11.08*, 14.45, 17.45**, 19.40.

* bis Nakel.

** bis Friedheim.

Unislaw: 4.45, 7.57, 13.50, 16.19, 21.50.

Gdingen über Berent: 4.46, 14.15*.

* bis Berent.

In Bromberg von:

Thorn—Warschan: 3.28, 7.35, 10.18*, 12.14, 14.28*, 16.18**, 17.09, 19.22*, 19.33, 22.15, 23.53*.

* aus Thorn.

** an Arbeitstagen aus Thorn.

Dirschau: 2.16*, 2.24, 7.32, 7.40*, 9.58, 15.18**, 17.39, 18.16, 21.45, 21.58.

Die Beisezung des Herrn

Dr. Herbert Goeldel

findet am Mittwoch, dem 16. Dezember, 12 Uhr mittags, auf dem Evangel. Friedhof Sopot-Marienthal statt.

8436

Statt Karten.

Die so überaus liebvolle Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen, herrlichen Anspenden beim Heimangebote unseres lieben Entschlafenen, haben meinem schmerzerfüllten Herzen sehr wohlgetan. Es ist mir leider nicht möglich, bei der Fülle der Anteilnahme jedem einzeln zu danken und möchte ich daher auf diesem Wege allen, allen, hiermit meinen herzlichsten Dank aussprechen mit einem herzlichen

„Gott vergelt's“.

Selma Gedamski und Kinder.

Goldau, den 13. Dezember 1936.

8437

Blindenbitte zum Advent!

Wer hilft uns auch in diesem Jahre, unseren lieben Blinden

eine Weihnachtsfreude

zu bereiten? Bei Euch, all Ihr Sehenden, hoffen wir bittend an. Spenden nehmen entgegen:

8005

Pastor Steffani,
Pfarrscheffkonto Innere Mission,
Poznan Nr. 208 390.

Schwester Augusta Schönberg,
Poznan, Patr. Jactowstiego 23.

Puppenwagen

Fahrräder, Nähmaschinen

und Kinderwagen

größte Auswahl, billigste Preise.

A. Wasielewski, Dworcowa 41.

Hebamme

erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zu-

gesichert.

8436

Daniel, Dworcowa 66.

8438

8439

8440

8441

8442

8443

8444

8445

8446

8447

8448

8449

8450

8451

8452

8453

8454

8455

8456

8457

8458

8459

8460

8461

8462

8463

8464

8465

8466

8467

8468

8469

8470

8471

8472

8473

8474

8475

8476

8477

8478

8479

8480

8481

8482

8483

8484

8485

8486

8487

8488

8489

8490

8491

8492

8493

8494

8495

8496

8497

8498

8499

8500

8501

8502

8503

8504

8505

8506

8507

8508

8509

8510

8511

8512

8513

8514

8515

8516

8517

8518

8519

8520

8521

8522

8523

8524

8525

8526

8527

8528

8529

8530

8531

8532

8533

8534

8535

8536

8537

8538

8539

8540

8541

8542

8543

8544

8545

8546

8547

8548

8549

8550

8551

8552

8553

8554

8555

8556

8557

8558

8559

8560

8561

8562

8563

8564

8565

8566

8567

8568

8569

8570

8571

8572

8573

8574

8575

8576

8577

8578

8579

8580

8581

8582

8583

8584

8585

8586

8587

8588

8589

8590

8591

8592

8593

8594

8595

8596

8597

8598

8599

8600

8601

8602

8603

8604

8605

8606

8607

8608

8609

8610

8611

8612

8613

8

Bromberg, Dienstag, den 15. Dezember 1936

Pommerellen.

14. Dezember.

Juden auch im pommerellischen

Gastwirtschaftsgewerbe unerwünscht.

Die Restauratoren der Westgebiete Polens hatten schon vor längerer Zeit eine Aktion eingeleitet, um das polnische Gastwirtschaftsgewerbe zu entjuden. In dem am 9. Oktober d. J. in Warschau stattgefundenen allpolnischen Kongress der Gastrivare wurde der Antrag gestellt, die Juden aus dem Allpolnischen Verband auszuschließen. Der Antrag fand jedoch keine Mehrheit. Infolge dieses Standpunktes der Warschauer Tagung hatte nun der Verein der Restauratoren der Westgebiete eine Sitzung nach Posen einberufen, in der, wie die polnische Presse meldet, beschlossen wurde, aus der Warschauer Zentrale auszutreten und ein polnisch-christliches Verständigungskomitee zu bilden. Bei dieser Aktion durfte auch der pommerellische Verband des Vereins der Restauratoren nicht zurückstehen. Er hielt dieser Tage im Hotel Polonia in Thorn unter zahlreicher Beteiligung eine Versammlung ab, in der nach einer längeren Diskussion über die Frage der Entjudung der allpolnischen Organisation der Restauratoren beschlossen wurde, ebenfalls aus der Warschauer Zentrale auszutreten, und zugleich Schritte einzuleiten, um Juden aus der Gastwirtschaft den Zutritt zur Organisation unmöglich zu machen.

Graudenz (Grudziadz)

X Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 30. November bis zum 5. Dezember d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung 17 eheliche Geburten (9 Knaben, 8 Mädchen), sowie 4 uneheliche Geburten (2 Knaben, 2 Mädchen); ferner 5 Eheschließungen und 10 Todesfälle, darunter 3 Kinder im Alter bis zu einem Jahre (2 Knaben, ein Mädchen).

X Ihren 80. Geburtstag begreifen konnte am Freitag vorher Woche die Witwe Ernestine Hoffmann, die seit 1898, somit bereits seit 48 Jahren als Hausangestellte bei der Hausbesitzerin Frau Emma Marquardt, Getreidemarkt (Plac 23go Stycznia) Nr. 27, beschäftigt ist. Viele Blumen- und sonstige Spenden verschönerten den Festtag dieser achtjährigen, treuen Angestellten.

X Zum Bau des Feuerwehrheims in Tarpen wurde jetzt die feierliche Grundsteinlegung vollzogen. Bis jetzt sind die Erdarbeiten, die Legung der Kanalisation und der Fundamente ausgeführt worden. Der Bau dieser Geräteremise ist vor allem durch die Opferwilligkeit verschiedener Bürger, die Material gespendet oder finanzielle Hilfe geleistet haben, ermöglicht worden. Die für die Errichtung des Baues notwendige Parzelle gab die Stadt. Vorausführende ist die Feuerwehr Graudenz I, die behuts gänzlicher Durchführung des Unternehmens weiterer Unterstützung bedarf.

X Ein Feuerwehrkursus für Feuerwehrfiziere aus dem Landkreis Graudenz fand vom 6. bis 10. d. M. im hiesigen Wehrgebäude statt. Es nahmen daran 25 Bewerber statt.

X Die schwere Bluttat, die am 6. September d. J. während eines Vergnügens in Kl. Schönbrück (Szembruczek), Kreis Graudenz, verübt wurde, und bei welcher ein Johann Krüger durch einen Messerstich in den Unterleib so schwer verletzt wurde, daß er am nächsten Tage im Lissener Spital verstarb, kam jetzt vor dem Bezirksgericht zur Verhandlung. Angeklagt war als der Tat verdächtig der 23-jährige Arbeiter Bernard Makowski aus dem genannten Dorfe. Er hatte sich bereits vor Beginn des Vergnügens herausfordernd verhalten und Händel geführt. Als er sich in der Nähe der Tür befand, soll er Krüger den folgenschweren Stich versteckt und auch einen Bronislaw Grabowski anzugreifen versucht haben, der aber rechtzeitig zur Seite sprang und so einer Stichverletzung entging. Nach dem blutigen Ereignis entstand im Saale eine Panik. Der vermeintliche Täter wurde festgehalten und einer Leibuntersuchung unterzogen. Das Messer, mit dem die Tat begangen worden ist, konnte jedoch bei ihm nicht gefunden werden. Erst am anderen Morgen wurde es hinter dem Ofen im Saale entdeckt. Der Verletzte konnte vor seinem Tod nicht mehr angeben, wer der Täter war. Der vermutliche Täter Makowski bestritt seine Schuld und behauptete, daß er an der Schlägerei nicht teilgenommen und kein Messer besessen habe. Die Verhandlung, in der 24 Zeugen vernommen wurden, brachte ebenfalls keinen zweifelsohnen Beweis für die Täterschaft des Angeklagten, und so erkannte dann das Gericht auf Freispruch.

X Fahrraddiebstahl. Laut der Sonnabend-Polizei-Kronik wurde Zygmunt Simon, wohnhaft Lindenstraße (Legionów) 25, sein 60 Zloty Wert bestehendes Fahrrad aus der Wohnung entwendet.

t Der letzte Wochenmarkt hatte auch diesmal gute Bevölkerung und auch größeren Verkehr. Die Butter kostete 1,30—1,60, Eier 1,60—1,80, Weißfleisch 0,10—0,40, Tafelfleisch 0,80—1,20; Apfel 0,20—0,40, Birnen 0,25—0,50, Mandarinen 0,20—0,25, Rüsse 0,80—1,00, trockene Plaumen 0,60—1,00, Moosebeeren 0,20; Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,15—0,25, Mohrrüben, Bruden, rote Rüben je 0,05, weiße Bohnen 0,20—0,25, Grünkohl 0,15—0,20, Zwiebeln 0,07; Gänsef. 0,50—0,60, Enten 2,20—3,50, Puten 3—5,00, Hühner 1,30—2,50, Tauben Paar 0,80—0,90; Hasen 2—3,00; Karpfen 1—1,20, Hechte 0,80—1,00, Schleie 0,90—1,00, Bresen 0,40—0,70, Heringe drei Pfund 1,00, Sprotten 0,50, kleine Räucherheringe Pfund 0,60. Ferner gab es frische Blumen, Strauß 0,10—0,50, Tafelblumen 0,60—1,00 und mehr; Tannengrün, Palmfächchen 0,05—0,10; ein Sack Kleinholz 0,80—1,00, das Fürdchen 0,15—0,20. Weihnachtsbäume werden seit einigen Tagen feilgeboten; der Preis stellt sich je nach Größe und Buchs auf 0,50—2,00, für kleine und mittlere Saalstämme 3—5,00.

Thorn (Toruń)

Marshall Smigly-Rydz kommt nach Leibitz.

Am Freitag brachte die Stadtverwaltung Leibitz (Lubisz) Plakate zum Aushang, aus denen ersichtlich ist, daß am Mittwoch, 16. Dezember, um 15 Uhr die feierliche Einweihung der neuen Eisenbahnbrücke auf der fürzlich dem öffentlichen Verkehr übergebenen Strecke Thorn—Leibitz—Sierpe im Beisein des Marshalls Smigly-Rydz stattfindet. Die Stadtverwaltung bittet die Bevölkerung um recht zahlreiche Beteiligung an dieser Feierlichkeit. **

v Von der Weichsel. Der Wasserstand betrug Sonnabend früh um 7 Uhr 1,32 Meter über Normal und wies daher gegen den Vortag keine Veränderung auf. — Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig passierte die Stadt der Personen- und Fracht dampfer „Atlantik“ bald „Agicello“, in umgekehrter Richtung „Fredro“ und „Mickiewicz“, die sämtlich hier Station machten. Der Schleppdampfer „Uranus“ kam mit zwei mit Getreide beladenen Kahnern aus Warschau und fuhr mit 4 Kähnen mit Getreide und einer Wachsbeladung nach Danzig weiter. **

v Neue Apotheke — Neuer Brotpreis — Neuer Straßenbahnhaftrplan. Auf der Jakobsvorstadt gelangt am 31. Dezember 1937 eine neue Apotheke zur Eröffnung. — Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen eingetretene Steigerung des Preises von 55prozentigem Roggenmehl (von 27 auf 29,50 Zloty für 100 Kilogramm) hat die Stadtverwaltung auf Antrag der hiesigen Bäckerinnung den Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot auf 31 Groschen festgesetzt. Der neue Preis verpflichtet ab 14. Dezember d. J. — Im Zusammenhang mit dem vor kurzem beendeten Umbau der Gleisanlagen auf dem Bankplatz (Plac Bankowy), dem Altstädtischen Markt (Rynok Staromiejski) und dem Theaterplatz (Plac Teatralny) wurde jetzt ein neuer Straßenbahnhaftrplan eingeführt. — Der bereits in Kraft befindliche Fahrplan enthält eine Neuerung, die besonders für die Bewohner der Culmer Vorstadt und der Vorstadt Mokre von Wichtigkeit ist und einem schon seit lange bestehenden Bedürfnis entspricht: Der Verkehr auf den Strecken: Bahnhof Mokre—Bromberger Vorstadt (Dworze Mokre—Bydgostie Przedmieście) und Hauptbahnhof—Culmer Vorstadt (Dworze Przedmieście—Chelmie Przedmieście) findet nicht wie bisher alle 20 Minuten, sondern alle 12 Minuten statt.

v Ein sensationeller Prozeß kommt am 16., 17. und 18. Dezember vor dem hiesigen Bezirksgericht gegen den seit Ende Oktober u. J. in Untersuchungshaft befindlichen früheren Beamten des Wojewodschafts-Schiedsrichteramts für Vermögensangelegenheiten von Eigentümern größerer Landliegenschaften ihm Thorn Alexander Kobuszewski zur Verhandlung. Kobuzewski hat sich wegen einer Reihe Unterschlagungen im Gesamtbetrag von über 28 000 Zloty zu verantworten.

† Wegen illegalen Schuhwaffenbesitzes und wegen Vergewaltigung nahm die Polizei je ein Protokoll auf, wegen Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften zwei und wegen Störung der öffentlichen Ruhe drei Protokolle. Aus Stadt- und Landkreis Thorn wurden an diesem Tage fünf kleinere Diebstähle gemeldet, von denen erst einer aufgeklärt werden konnte. — Wegen Diebstahls wurden zwei Personen verhaftet und zwei wegen Herumtreibens auf eisenbahnskalischem Gelände.

Konitz (Chojnice)

tz Der Deutsche Frauenverein veranstaltete in dem weihnachtlich geschmückten Saale des Deutschen Heims eine Adventsfeststunde, zu der Mitglieder und Gäste zahlreich erschienen waren. Das Orchester der Deutschen Vereinigung brachte einige wohlgeübte Weihnachtsstücke zu Gehör. Eine Ansprache der Vorsitzenden, gemeinsame Gesänge, Declamationen und die Vorlesung eines „Weihnachtserlebnisses eines Kriegsgefangenen“ waren die übrigen Darbietungen der Feier.

tz Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde am Freitag abend gegen 11 Uhr in das Uhren- und Goldwarengeschäft Tujszanski verübt. Die Diebe raubten das an der Danzigerstraße gelegene Schaufenster vollständig aus und stahlen Uhren, Armbänder, Ringe, Ketten, Anhänger, Bestecke und dgl. im Werte von annähernd 3000 Zloty. Die Schaufensterseite wurde eingeschlagen, während ein Lastwagen die Straße passierte, so daß das Geräusch der Zersplitternden Scheibe vollständig unterging in dem Getöse, das der schwere Wagen verursachte. Der Diebstahl wurde erst bemerkt, als Herr Tujszanski nach 12 Uhr von einer Sitzung heimkehrte und in der Nähe seines Geschäfts ein Armband sah, das die Diebe auf der Flucht verloren hatten. Am Sonnabend morgen wurden auf dem Wege Borromäusstift—Stadion noch fünf Ringe gefunden. Die Polizei hat sofort eine energische Untersuchung eingeleitet.

tz Allerlei Diebstähle. Auf der Fahrt von Brus nach Konitz wurden von unbekannten Tätern von dem Lastwagen der Firma Stockbrandt fünf Sack Roggen gestohlen. — Von einem Staken des Gutes Giegel wurde Stroh im Werte von 100 Zloty gestohlen. — Von der Fernsprechleitung in der Nähe von Schönfeld entwendeten unbekannte Täter 40 Meter Leitungsdraht. — Dem Besitzer Anton Papenfuß in Harnsdorf wurden aus der verschlossenen Scheune sechs Zentner Roggen gestohlen.

Ein Fünfjahrplan für Gdingen.

Die Entwicklung der Stadt Gdingen hat mit der des Hauses keinen Schritt gehalten. Sowohl das Stadtbild der nur mit amerikanischen Maßstäben zu messenden Entwicklung der Stadt Gdingen, wie auch die städtischen Einrichtungen, was Licht, Wasser, Kanalisation und Straßenbau anbetrifft, stehen in einem starken Missverhältnis zueinander. Die Wirtschaftslage Polens und die große Arbeitslosigkeit haben es bewirkt, daß Gdingen eine unverhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen zählt. In den Wintermonaten sind von den 100 000 Einwohnern der Stadt 10 Prozent arbeitslos, was zur Folge hat, daß etwa ein Viertel der Bevölkerung lediglich von der Arbeitslosenunterstützung und von Wohlfahrtsunterstützungen lebt.

Der Regierungskommissar der Stadt Gdingen hat bereits im Jahre 1934 einen Fünfjahrrplan für den Ausbau der Stadt aufgestellt, bei dessen Durchführung ein großer Teil der Arbeitslosen Beschäftigung finden soll. Dieser Fünfjahrrplan umfaßt folgende Arbeiten: Straßenbauten, Ausbau der Kanalisation und der Wasserleitung, Erweiterung des elektrischen Lichtnetzes, Bau eines Schlachthofes, einer Molkerei, einer Markthalle, eines Krankenhauses, mehrerer Büros, Mittel- und Fachschulen, schließlich Errichtung eines Rathauses und eines Stadthalters. Diese Bauvorhaben werden einen Kostenaufwand von 28 Millionen Zloty erfordern. In diesem Jahre wurde mit dem Bau des Schlachthofes und der Markthalle begonnen. Im Verwaltungsjahr 1936/37 sollten über 5 Millionen Zloty für einen Teil der vorangeführten Investitionsbauten aufgewendet werden. Da die Durchführung des Planes nicht nur von der Zustimmung seitens der Regierung, sondern auch von der Flüssigmachung der erforderlichen Kredite abhängt, dürfte der Plan für das Jahr 1936/37 nur zu einem geringeren Teil erfüllt werden.

Br Gdingen (Gdynia), 13. Dezember. Als ein Autobus der Strecke Gdingen—Zoppot die Freistaatsgrenze passieren wollte, fand der revidierende Zollbeamte unter dem Sitz zwei Päckchen. Auf die Frage, wen die Päckchen gehörten, meldete sich keiner der Reisenden. Beim Öffnen der Päckchen stellte der Beamte fest, daß der Inhalt aus ausländischen Banknoten bestand. Zwei jüdische Reisende, unter deren Sitz man die Päckchen gefunden hatte, wurden als des Devisenschmuggels dringend verdächtig verhaftet.

Wegen Urkundenfälschung und Devisenvorgehens hatte sich der frühere Beamte der Finanzkontrolle Georg Kamowski und seine beiden Helfer Roman Horona und Stanislaw Bender vor dem Kreisgericht zu verantworten. Die beiden Helfer führten dem Beamten Leute zu, die zur Überführung größerer Geldbeträge nach dem Freistaat einen Erlaubnischein benötigten. Zu diesem Zweck hatte Kamowski Erlaubnisformulare aus dem Bureau entwendet. Er füllte die Scheine jetzt nach Bedarf aus und ließ sich dafür 50 Zloty Gebühren zahlen. K. erhielt vier Jahre Gefängnis und Verlust der Bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren, H. 1½ Jahre Gefängnis und drei Jahre Chorverlust, B. zwei Jahre Gefängnis und vier Jahre Chorverlust.

Br Gdingen (Gdynia), 11. Dezember. Der im Mai 1933 begonnene Bau eines Getreideelevators im Gdingener Hafen ist jetzt beendet worden.

* Gollub (Golub), 12. Dezember. Die Schaukensterseite eingeschlagen wurde neulich nachts mittels eines Steines dem Kaufmann Josef Gresewski und zwar vermutlich aus dem Grunde, weil G. einen Juden als Mieter aufgenommen hat, der ein Manufakturwarengeschäft betreibt. **

h Gorzno, 13. Dezember. Als Neuerung hat die Postbehörde in dem um 7,05 Uhr von hier nach Strasburg (Brodnica) und Briesen (Wahrzezno) abgehenden Autobus einen Briefkasten angebracht. Durch diese Einrichtung wird hiesigen Interessenten eine schnellere Briefförderung nach den benannten Städten ermöglicht.

p Neustadt (Wejherowo), 12. Dezember. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Eier 1,60—1,70, Butter 1,20—1,30. Auf dem Schweinemarkt wurden für Hörner 8—12 Zloty pro Stück gezahlt.

Am 22. Dezember findet hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

r Prust (Prusze), Kreis Schwedt, 13. Dezember. Kürzlich gelangten Diebe in den Stall des Besitzers W. Rose und ließen dreißig Hühner mit sich gehen.

* Soldau (Działdowo), 13. Dezember. Unter großer Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung von Stadt und Land fand am vergangenen Sonnabend die Beerdigung des Kaufmanns Paul Gdamski auf dem evangelischen Friedhof statt. Welch außerordentlicher Sympathie und Wertschätzung sich der im besten Mannesalter Dahingeschiedene in weiten Kreisen erfreute, bezeugten die große Trauergemeinde und die überaus zahlreichen Kranzspenden. Besonders von der deutschen Bevölkerung wird der Heimgang dieses nimmermüden und stets hilfsbereiten Mannes schmerzlich empfunden. Nach dem Gründas „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ hat der Verstorbene gehandelt. Die Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung verliest in ihm ihren Begründer und bewährten Mitarbeiter.

v Landsburg (Liebaw), 11. Dezember. Das Fest der Goldenen Hochzeit beginnt der Alsfisher August Schauer und seine Ehefrau, geb. Marquardt, in Babartow.

Kleine Rundschau.

Hauptmann unschuldig hingerichtet?

Die PAT meldet aus New York:

Der Gouverneur des Staates New Jersey, Hoffmann, erklärte in einer Pressekonferenz, daß sich die Mörder des Lindbergh-Kindes bis jetzt auf freiem Fuß befinden, und daß zu ihrer Festnahme von einer Klärung dieses tragischen Verbrechens nicht die Rede sein kann. Nach Ansicht des Gouverneurs wurde der Hauptmann vorzeitig hingerichtet; seine Schuld sei ihm niemals einwandfrei nachgewiesen worden, er selbst aber habe bis zum letzten Augenblick seines Lebens die Beteiligung an dem Verbrechen geleugnet.

Goldener Fischzug.

Einen ungewöhnlichen „Fang“ machten Fischer des kleinen, am Fuße der Cordilleren gelegenen peruanischen Küstenplaques Chiclayo. Als sie ihre Netze an den Strand zogen, sandten sich zwischen Schleife und Krabben gebettet, eine 27 Kilo schwere, rein goldene Statue, die sich bei näherer Untersuchung als eine Plastik des Herrschers Huayna Capac herstellte, unter dem im fünfzehnten Jahrhundert das damalige Inkareich seine höchste Blüte erreichte. Man nimmt an, daß das Kunstwerk von unschätzbarem Wert, von einem gestrandeten Schiff der spanischen Eroberer stammt, die es im sechzehnten Jahrhundert aus dem Lande entführen wollten.

Christliche Nachbarn?

Eine Rede im Sinn der deutsch-polnischen Verständigung.

In der letzten Sitzung der Ortsgruppe Bromberger Mittelstadt der Christlichen Demokratie fühlte man sich berufen, dem polnischen Westmarkenverein in seiner Hebe gegen die deutsche Minderheit in Polen Konkurrenz zu machen. Der Vortragende, Redakteur Kłodzieczał, wetterte gegen die angeblich schlechte Behandlung der Polen in Deutschland und behauptete, daß der Hitlerismus trotz der schwültigen Parolen von dem Nichtangriffspakt mit Polen die polnische Minderheit mehr bedrücke, als es je der berüchtigte Ostmarkenverein getan habe. Das Unrecht, das die Polen in Deutschland zu erleiden hätten, erblidet der Vortragende darin, daß die Polen durch das Hitler-Regime zum Dienst in den Arbeitslagern gezwungen würden, in denen man sie wie Sklaven behandle. Sogar Mittelschulen könne man in Deutschland nicht erbauen. In Deutschland gebe es auch nicht eine polnische Schule für Mädchen, während es in Polen zwölf solcher Schulen für deutsche Mädchen gebe.

In einer lebhaften Diskussion forderte man, wie der "Dziennik Bydgoski" berichtet, "die Freiheiten der nationalen Minderheiten einzudämmen". Eine zu weitgehende Duldsamkeit könne verderblich werden. Angesichts der Drohung der Nationalsozialisten mit einem neuen Krieg(?) müßte die Polnische Regierung sobald wie möglich die deutschen Güter in den Westgebieten parzellieren, die deutschen Vereine aufmerksam beobachten und schließlich "sich für unsere Brüder revanchieren, die in Deutschland jeglicher Rechte beraubt sind". "Dies fordert", so heißt es zum Schluß, "heute jeder Pole, und wenn dieser Forderungen Rechnung getragen wird, so werden wir anfangen, vertrauensvoll auf die Großmacht Polen zu blicken!"

*

Die Sprache dieser sinnlosen Hebe ist das Bekennnis seiner schönen Seele und nicht die Sprache des Angehörigen einer Großmacht. Außerdem reiht sich in der Rede des Redakteurs — Kłodzieczał wie in einer Kette von falschen Perlen — eine Lüge und Entstellung an die andere. Wo kann der Mann nur einen Beweis dafür erbringen, daß die Arbeitsmänner in den deutschen Arbeitslagern "wie Sklaven behandelt" werden? Auch an polnischen Mittelschulen herrscht in Deutschland kein Mangel. Ein Vergleich mit den deutschen Mittelschulen in Polen ist völlig unmöglich; denn der Bedarf an Mittelschulen ist bei uns — nachweisbar — weit größer als bei unseren polnischen Gegenstücken jenseits der Grenze. Nach unseren Informationen hatte das polnische Gymnasium in Beuthen Mühe, seine Schülerzahl voll zu erhalten, und jetzt wird noch eine zweite Mittelschule in Marienwerder ausgemacht, die auch nur mit Hilfe weitestgehender Stipendienzulagen Schüler bekommen dürfte. Die Struktur der beiden Minderheiten ist eben eine völlig verschiedene. Jeder Pole aus unserem Gebiet weiß das sehr wohl. Aus Gründen des Tats will wir das im einzelnen nicht weiter ausführen.

Die Frage der Mädchenschulen für Kinder einer Minderheit ist selbstverständlich auch nur vor dem Hintergrunde der Bedürfnisfrage zu vergleichen. Dass die Babsen stimmen, möchten wir billig bezweifeln. In unserem Teilstadt ist uns keine einzige deutsche Mädchenschule bekannt; die Below-Knosse-Schule in Polen ist inzwischen eine Volkschule geworden. Wohl aber kennen wir eine stattliche Reihe von Mädchen- und Knabenschulen, die einmal deutsch waren, von dem zumeist aus dem Westen Deutschlands stammenden Gelde erbaut waren und dann über Nacht polnisch wurden. Auch diesen Punkt soll der Herr Redakteur nicht vergessen: Hier in Polen hat man nur zu hunderten die deutschen Schulen abgebaut; dort in Deutschland werden alle polnischen Schulen neu aufgebaut! Wo hat man "drüber" auch nur eine polnische Schule geschlossen? Wo hat man ihnen das Öffentlichkeitsrecht entzogen?

Wer da von "Unrecht" auf deutscher Seite und von "schlechter Behandlung" der dortigen Polen fabelt, der ist ein bewußter Verheizer der Staatsbevölkerung und — kein Patriot! Es ist bezeichnend, daß die Deutschen in Polen, trotzdem sie in diesem Lande seit Jahrhunderten anwändig sind, die Hälfte ihres Landbesitzes und den weitaus größeren Teil ihres Bestandes eingebüßt haben, und daß auf deutscher Seite kein Polen enteignet wurde, und auch nur wenige Polen Neigung hatten, in ihre Heimat zurückzukehren, die sie zumeist erst in der ersten und zweiten Generation verlassen hatten. Im Gegenteil: wir wurden oft von polnischen Rückwanderern aus Deutschland gefragt, wie sie es wohl anstellen könnten, wieder nach Westfalen zu kommen . . .

Das Echo auf diesen Sachverhalt, an dem die Christliche Demokratie in der Bromberger Mittelstadt nichts drehen und deuteln kann, wird eine verstärkte Parzellierung der deutschen Güter in den Westgebieten verlangt. Seht euch die bisher parzellierten deutschen Güter auf den Erfolg dieser Maßnahme hin einmal an! Fragt keinen Deutschen, fragt nur die polnischen Arbeiter und die polnischen Siedler selbst, wie sie über den wirtschaftlichen und schließlich auch über den völkischen Erfolg dieser Siedlungspolitik denken. Das Wort wird dem Herrn Redakteur im Halse steckenbleiben! Und die Städter, die schon gar nichts mehr zu versteuern haben, können noch den Auffall der sichersten Steuerzahler in den westlichen Wojewodschaften deden; denn wann ist wohl ein Siedler imstande, dem Steuerfiskus und der Landwirtschaft das zu liefern, was früher der deutsche Großgrundbesitz, der drei Viertel der Agrarreform-Ertüchtigung zu tragen hatte, geleistet hat. Wenn ihr nicht selbst den Weg dorthin findet, werden wir euch die Acker zeigen, wo sich der satteste Boden in dürrste Weide verwandelt hat.

Wir haben sehr viel Verständnis für die Landnot auch des polnischen Zwergbauern in den anderen Teilstädten, für die Landnot auch der polnischen Bauernsöhne in den westlichen Wojewodschaften. Die Mittel, die es für die Lösung dieses wichtigen Problems gibt, haben wir aufgezeigt und sind dafür an berufener Stelle auch dankt worden. Der Hass, den die Christliche Demokratie der Bromberger Mittelstadt in die Furchen unserer Heimat erde säen möchte, verspricht keine gute Ernte, auch nicht für das polnische Volk. Es ist unendlich leicht mit demagogischen Gezreden die eigenen Sünden zu verbunkeln und mit Legenden die mangelnde Geschichtskenntnis vergeben zu lassen. Oder glaubt ihr, daß die wahren polnischen Patrioten, die für Polens Freiheit gelebt haben und gestorben sind, die Großmacht Polen auf solcher Basis errichten wollen? Man schafft nur durch schöpferische Leistung. Durch Brandreden setzt man nicht nur des Nachbarn Hof, sondern auch den eigenen in Brand.

15000 Anträge auf Namensänderungen.

Im September d. J. hatte der polnische Westverband in Katowic eine große Aktion für ganz Ost-Oberschlesien eingeleitet, um die polnische Schreibweise der durch die deutschen Behörden angeblich verunstalteten Namen wieder herzustellen. Die Aktion wurde in der polnischen Presse mit Hilfe von Flugblättern, in Konferenzen usw. geführt. Das Ergebnis dieser Aktion war, wie der "Illustrum Kurier Codzieny" meldet, außerordentlich. Bei dem Standesamt in Katowic sollen vom 1. Februar bis Ende November d. J. insgesamt 14 500 Anträge auf Polonisierung der Schreibweise der Namen eingegangen sein. Da sich die Eingaben oft auch auf Frauen und Kinder bis zu 18 Jahren bezogen, so schätzt das Krakauer Blatt das Ergebnis auf mindestens 15 000 "Berichtigungen".

Der Hunger hat schon manche Festung bezwungen!

Die polnisch-Danziger Verhandlungen beginnen.

Die Pressestelle des Danziger Senats teilt mit:

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig empfing am Freitag den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Minister Papé, zu einer Unterredung. Die am 9. Dezember begonnenen Vorbereitungen, die, wie bekannt, mit dem Generalaufruhr Polens, eine Klärung des Verhältnisses Danzigs zum Völkerbund zu vermiteln im Zusammenhang stehen, wurden fortgesetzt. Man kam überein, am Sonnabend mit den offiziellen Verhandlungen zu beginnen, die vom Präsidenten des Senats Greiser und Minister Papé selbst geführt werden. Auf Danziger Seite wird Staatsrat Böttcher, polnischerseits Legationsrat Łalicki vom Warschauer Außenministerium an den Verhandlungen teilnehmen.

Greiser spricht.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Der Präsident des Senats, Greiser, nahm am Freitagabend an einem Landeskappell des Deutschen Soldatenbundes im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus teil und ergriff, stürmisch begrüßt, das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er auf die beginnenden schwierigen diplomatischen Verhandlungen hinwies. Die Geschlossenheit der politischen Führung in Danzig müsse auf allen Gebieten gewahrt bleiben, denn die Danziger wüssten, wie schwer es manchmal dem Deutschen gemacht werde, Deutscher zu sein. In den kommenden Verhandlungen werde alles getan werden, die Rechte der Partei in Danzig zu wahren. Jeder Deutsche in Danzig aber habe die Pflicht, an seinem Teil zu helfen, daß die NSDAP stark sei.



Entscheidung Schmeling — Braddock im Februar

Aus New York meldet der INN-Dienst:

Bei der Tagung der New Yorker Boxkommission ist es soweit zu einer Einigung zwischen den beteiligten Boxern und deren Interessen-Vertretern gekommen, daß der Kampf um die Weltmeisterschaft im Schwergewicht zwischen Braddock als Titelhalter und Schmeling als anerkanntem Herausforderer bereits im Februar kommenden Jahres stattfindet. Der Kampf soll entweder im New Yorker Madison Square Garden oder in einer Freiluftarena in Miami (Florida) durchgeführt werden.

Schmeling und Braddock haben sich der Boxkommission gegenüber mit der Verpflichtung einverstanden erklärt, daß der Sieger des Kampfes, also der neue Weltmeister, von seiner Börse einen Betrag von 25 000 Dollar als Sicherheit bei der Boxkommission hinterlegt und sich verpflichtet, den Titel innerhalb von sechs Monaten in den Vereinigten Staaten zu verteidigen. Durch diese Klausur soll anscheinend Schmeling für den Fall, daß es ihm gelingt, den Titel zu erobern, daran verhindert werden, ihn zunächst ins Ausland oder überhaupt nicht zu verteidigen. Außerdem soll sich bei den bisherigen Verhandlungen Schmeling damit einverstanden erklärt haben, daß Braddock noch vor dem Titelkampf Schlämpfe unter fünfzehn Runden bestreitet.

Max Schmeling hat mit dem Abschluß dieser Verhandlungen unbedingt schon einen Erfolg errungen. Nach der Erklärung der Boxkommission kann aber Braddock gegen Louis einen Kampf bestreiten, bevor er seine Weltmeisterschaft offiziell verteidigt. Und ancheinend hofft sein Interessen-Vertreter immer noch, daß er den Kampf aufzubringen. Allerdings hat er auch den Madison Square Garden gegen sich, der Braddock unter Kontrakt hat. Aus begreiflichen Gründen wollte Schmeling vor der Entscheidung über die Weltmeisterschaft den Kampf Louis-Braddock verhindern; denn der Sieg Schmelings über Braddock wäre arg geschmäler, wenn Braddock vorher von Louis geschlagen würde.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsausübung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

O. Sch. in S. 1. Der Artikel 8 des Postgesetzes ist etwas lang. Wir glauben, daß für Sie nur der letzte Absatz in Frage kommt. Dieser Absatz lautet: "Der Handelsminister hat die Kontrolle darüber, ob die Bedingungen, unter denen Privatpersonen eine Konzession resp. Genehmigung erteilt worden ist, gehalten wurden. Die Nichtbehaltung der Bedingungen, unter denen die Konzession resp. die Genehmigung erteilt worden ist resp. die Verletzung der Bestimmungen dieses Gesetzes ermächtigt den Handelsminister zur Zurückziehung der Konzession resp. der Genehmigung. Auf Verlangen des Inneministers oder des Kriegsministers muß der Handelsminister unter solchen Umständen die Konzession zurückziehen." 2. Ob Ihnen im Falle der Aufrechterhaltung des Verbots weitere Rechtsmittel zur Verfügung stehen, halten wir für fraglich. 3. Fraglich erscheint es uns auch, ob unter den obwaltenden Umständen eine andere Person im Hause die Konzession erlangt. Aber Sie haben ja in Ihrem Schreiben an das Ministerium den Sachverhalt so klar geschildert, daß ein Misserfolg nicht unter allen Umständen zu befürchten ist.

L. D. 1. Über soziale Versicherungen besteht zwischen Polen und Danzig noch kein Abkommen. 2. Wenn Ihre Tochter Reichsdeutsche ist, kann sie sich in Deutschland niederlassen, wo sie will; sie muß sich aber Unterkunft beschaffen. Sie kann sich selbst eine Stellung besorgen. 3. Bei Auswanderung werden die Sachen vor ihrer Verpackung polizeilich revidiert. 4. Bei Auswanderung nach Danzig verliert Ihre Tochter nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit. 5. "Magdeburger Zeitung" oder Magdeburger Generalanzeiger. Am besten ist es, Sie melden sich an die Agencia Rell. "Par" in Poznań, die die Infektion in Magdeburg vermittelt. 6. Begegn der Ausreise Ihrer jüngsten Tochter müssen Sie sich mit dem Deutschen Generalkonsulat in Posen in Verbindung setzen.

M. S. 100. Ihr Auslösungsrecht ist bisher noch nicht geübt worden. Die Nummern der Stücke der Anleiheabschlagschuld unterliegen nicht der Auslösung.

Polen verbietet

Waffenexport nach Spanien.

Im "Monitor Polak" vom 11. d. M. ist eine Bekanntmachung des polnischen Außenministers erschienen, in der unter Berufung auf den durch die Polnische Regierung am 20. August 1936 angenommenen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens und des Verbots der Ausfuhr von Waffen nach Spanien, den spanischen Besitzungen und Maroko angekündigt wird, daß polnische Kriegsschiffe und die polnischen Auslandvertretungen den unter polnischer Flagge fahrenden Handelsschiffen und Flugzeugen, die nach Spanien Waffen aller Art befördern, keinen Schutz erteilen werden. Gleichzeitig werden diejenigen Personen, welche die Absicht haben, in das Heer der in Spanien kämpfenden Parteien einzutreten oder die dies bereits getan haben, daran erinnert, daß entsprechend dem Artikel 11 des Gesetzes vom 20. Januar 1920 über die Staatszugehörigkeit der Eintritt in den aktiven Militärdienst in einem fremden Staate ohne Genehmigung der Polnischen Regierung den Verlust der polnischen Staatszugehörigkeit nach sich zieht.

Francisco nimmt Umbesetzungen vor.

Der "Intransigeant" meldet von der Madrider Front, daß die Nationalregierung im Hinblick auf die bevorstehende große Offensive gegen die spanische Hauptstadt eine Umbesetzung in den höchsten Kommandostellen der nationalen Armee vorgenommen hat. General Moló bleibt der Oberbefehlshaber der gesamten Nordarmee, mit Ausnahme der in Andalusien eingesetzten Streitkräfte. Der Kommandant der vor Madrid stehenden 7. Division, General Saliquez, sei jedoch zu anderweitiger Verwendung abberufen worden und durch den ehemaligen Oberkommissar in Maroko, General Orgaz, ersetzt worden. General Orgaz untersteht drei Brigaden, die bisher von General Barra kommandierte Brigade von Legionären und Marokkanern, die von General Monasterio geführte Kavalleriebrigade und eine Brigade unter General Juventas, der gegenwärtig Platzkommandant von Toledo ist.

Das große nationalistische Hauptquartier hat den Bruder des Generals Franco, den bekannten Flieger Ramón Franco, zum Militärokommendanten der Balearen ernannt, nachdem vorher eine Verständigung zwischen den beiden Brüdern stattgefunden hat, die sich früher politisch heftig bekämpft hatten.

Bei sahler, grangelber Hautfärbung, Mattigkeit der Augen, übel Befinden, trauriger Gemütsstimmung, schweren Träumen ist es ratsam, einige Tage hindurch früh nüchtern, ein Glas natürliches "Franz-Josef"-Bitterwasser zu trinken. Arztlich best. empf. 5088

R. Domäne 1936. Wie die deutsche Mark in Steuersachen in Polen umgerechnet ist, ist nicht mit ein paar Wörtern zu sagen. Denn die ersten polnischen Gesetze in dieser Frage fielen in das Jahr 1928, d. h. in die Inflationszeit, in der deflationistisch mit Messzahlen gerechnet wurde. Dann wurden in der Fortentwicklung der Inflation Zuschläge erhoben. So wurde durch Verordnung vom 9. Juli 1928 in unserem Teilstadt der im Grundsteuerkataster eingetragenen Grundsteuerbetrag mit 2000 multipliziert, was die Verdopplung der im Jahre 1922 gezahlten Steuer bedeutete. Und als man später daran ging, ein stabiles Verhältnis in der Währung zu schaffen, erholte die Umrechnung der polnischen Mark, die in unserem Teilstadt an die Stelle der deutschen getreten war, in Goldfrank — denn der Goldfrank bestand noch nicht — und zwar galt nach der Verordnung vom 19. 12. 1928 bei der Grundsteuer 11.369 Mark = 1 Goldfrank. Aufschlagsgebend für die Feststellung der Grundsteuer ist der im Grundsteuerkataster verzeichnete Betrag, den wir nicht kennen. Durch das Dekret vom 4. November 1936 wird in unserem Teilstadt der Grundsteuerzusatz dahin festgesetzt, daß die im Kataster verzeichnete Summe mit 3.5 multipliziert wird. Da Sie an Grundsteuer zusammen nur 100 Goldfrank zahlen, kommt für Sie ein Zuschlag dazu nicht in Frage, der sich nach dem neuen Dekret bei den höheren Grundsteuersäulen in einer Stola von 10 Prozent (bei Grundsteuerbeträgen über 110 bis 200 Goldfrank) bis 100 Prozent bewegt. Dagegen kommen auch für Sie Zuschläge für die Kommunalverbände in Frage, die aber nach dem mehr erwähnten Dekret 50 Prozent der staatlichen Grundsteuer nicht überschreiten dürfen. Für die Dantina kommen andere Grundsätze in Anwendung. Wir fürchten, daß die vorstehenden Ausführungen Sie nicht viel weiter über die von Ihnen bereitgestellten Fragen aufklären werden, aber wir könnten Ihnen nur in groben Umrissen den Werdegang der fraglichen Steuer skizzieren. Das oben erwähnte Dekret vom 4. 11. 1936 tritt in der Hauptfahne am 1. Januar 1937 in Kraft.

H. 100. Weder das eine noch das andere ist verjährt; die erwähnte Schuld verjährt in zwei Jahren, die andere aber erst in 20 Jahren.

"Glück auf." Wer ein auf Gewinn berechnetes gewerbliches Unternehmen betreibt, unterliegt der Gewerbesteuer ohne Rücksicht auf sein Alter. Die Ausnahmen von dieser Regel sind in Artikel 8 des Gewerbesteuergesetzes aufgeführt. Darunter befindet sich der von Ihnen angeführte Fall nicht.

Sch. W. 99. Nach Art 57 des Entschuldungsgesetzes kann das Schiedsamt auf Antrag des Pächters den Pächtaus für eine Zeit von nicht länger als 24 Monaten vom Tage der Entscheidung herabsetzen, wenn der Pächtaus den Beziehungen nicht mehr entspricht. Das bezieht sich, wie man aus dem ganzen Tenor des Gesetzes schließen muß, auf Verträge, die vor dem 1. Juli 1932 entstanden sind. Das Schiedsamt kann auch den Pächtaus für die Wirtschaftsjahre 1932/33 und die folgenden bis zur Entscheidung herabsetzen, aber nur den rückständigen, der nebst Pächtaus bleibt, davon überläßt. Daß der Pächtaus in Roggenwährung abgeschlossen ist, hat keine Bedeutung. Wenn die Pächtaus, wie Sie sagen, heute so sind, wie zur Zeit des Pächtausfalls, könnte von einer Herabsetzung des Pächtaus nicht die Rede sein.

Arthur D. in S. 1. Dieses geringschätzige Verschulden bei der Wahl kann wieder auf gemacht werden. Vielleicht waren aber die Gewählten bei der Wahl nicht anwesend und konnten deshalb auch nicht gleich gefragt werden. 2. Es gibt kein Gesetz, das hinsichtlich der zweiten Frage die Wahl ausschließt. 3. An der dritten Stelle hebt die Wiederwahl des Betreffenden alles Vorangegangene wieder auf. Durch die Wiederwahl ist erwiesen, daß der Betreffende das Vertrauen seiner Wähler besitzt. 4. Ihr Sohn hat bei 15 Prozent Arbeitsunfähigkeits-Anspruch auf eine Rente von 15 Prozent der Grundrente vollständigen Invaliden.

G. B. in R. W. Wir sind durchaus der Ansicht, daß der Art. 185 des Kodex abominari Handhabe bietet zur Verfolgung Ihrer Ansprüche und glauben auch, daß er dazu ausreichend. Diese Bestimmung ist eine der Maßnahmen, die im Gesetzbuch der Schuldverhältnisse vorgesehen sind zur Unterbindung der sog. Schiebungen.

J. 27. Wir werden aus Ihrer Darstellung des Falles nicht recht klara; Sie sagen, Sie hätten die Schwiegereltern über zehn Jahre vollständig unterhalten müssen; aus Ihrer sonstigen Darstellung geht aber hervor, daß die Schwiegereltern über sehr beträchtliche Mittel verfügten; denn eine ihrer Töchter hat im Laufe dieser Zeit mehrere Tausend Gold von diesen angeblich Unterstützungsbedürftigen erhalten. Sie selbst haben sich mehrere Tausend Gold von ihnen entliehen und, wenn wir Sie recht verstanden haben, haben Sie für Ihre Schwiegereltern noch 15 000 Gold Wert aufgelegt gerettet. Und nach dem Tode der Schwiegereltern war noch ein Vermögen von etlichen Tausend vorhanden. Unter diesen Umständen könnten Sie doch Ihre Auslagen für die Schwiegereltern aus deren Vermögen decken, und Sie selbst sagen, Sie hätten außer den 5000 Gold im Bedarfsfalle noch einige Hundert Gold daraus entnommen. Unter solchen Umständen werden Sie den anderen Erben gegenüber eine klare Rechnung über alles, was Sie geleistet und erhoben haben, aufstellen müssen. Wir können Ihnen da keine Ratshilfe geben, da uns weder Ihr noch Ihrer Schwiegereltern Lebensstand bekannt ist. Was Ihr Schwager da über Devisen und einen angeblichen Verstoß gegen die Devisenbestimmungen Ihrerseits redet, ist uns vollständig rätselhaft. Soweit wir nach Ihrer Darstellung des ganzen Falles urteilen können, spielt hier das Gesetz über die Devisenbewirtschaftung nicht die geringste Rolle.

Zaczyn

ein Organ des Kreises um den Obersten Roc.
(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Heute ist das durch das Erscheinen der neuen Wochenschrift „Zaczyn“ verurteilte Mißverständnis aufgeklärt und behoben worden. Die „Gazeta Polska“, deren Chefredakteur Oberst Miedziński zum engeren Mitarbeiterkreis des Obersten Roc gehört, hat eine Notiz veröffentlicht, in der festgestellt wird, daß die Wochenschrift „Zaczyn“ „neber der Verfüzung noch der Aufführung des Obersten Adam Roc“ ihre Entstehung verdankt, daß es daher irrig wäre, nach einem Zusammenhang zwischen dem Inhalt dieser Wochenschrift und den Arbeiten des Obersten Roc zu suchen. Die genannte Wochenschrift werde von einer dem Oberstenblatt „nicht näher bekannten Gruppe“ auf deren eigene Hand und Verantwortlichkeit herausgegeben.

Gleichzeitig ist die zweite Ausgabe der Wochenschrift erschienen, die nach der seitens der „Gazeta Polska“ erfolgten Verichtigung in den politischen Kreisen kein lebhafteres Interesse mehr zu wecken vermag. Diese zweite Nummer enthält einen der Aktion des Obersten Roc gewidmeten Artikel, aus dem auch ohne die erwähnte Richtigstellung zu erkennen wäre, daß die Mitarbeiter des „Zaczyn“ dem Kreise des Obersten Roc nicht angehören und die Roc-Aktion von einer gewissen Distanz aus und wenngleich mit Wohlwollen, doch auch nicht unkritisch beobachtet. Der „Zaczyn“ meint nämlich, daß „der Aktion des Obersten Roc zwei Gefahren drohen: die eine: das ist die Bevaltung, die Bürokratie, welche in die üble Gewohnheit versunken wäre, die Volkgemeinschaft zu erlegen; die zweite (Gefahr): ist die rauhende und trübe Menschenstut, die bereit ist, sich in die geplante politische Organisation zu ergießen.“

Die Oppositiionspresse, welche dieses Spruch- und Gegen-spruch-Spiel von der Seite her und mit einiger Schallhaftigkeit beobachtet, will der „Gazeta Polska“ nicht glauben, daß diesem Blatt die politische Gruppe, die den „Zaczyn“ herausgibt, nicht näher bekannt wäre. Über das Milieu des „Zaczyn“ dürfte — so meint die Oppositiionspresse — wenigstens Oberst Miedziński ganz genau Bescheid wissen, wenn es sogar für die weiteren journalistischen Kreise kein Geheimnis sei, daß die eigentlichen Redakteure des „Zaczyn“ die zwei Brüder (der Arzt und der Major) Liliensfeld-Krzewski sind. Einer derselben, der Major a. D. Liliensfeld-Krzewski, der Verfasser der in den Legionenkreisen seinerzeit sehr populären Erzählungen des „Kapral Szczapa“, veröffentlichte seine literarischen Arbeiten längere Zeit hindurch vorwiegend gerade in derselben „Gazeta Polska“, die eben jetzt ihre nähere Bekanntheit mit ihm verleugnen möchte. Major Liliensfeld-Krzewski hatte übrigens, oder hat noch gegenwärtig, eine höhere Stellung in der Leitung des polnischen Rundfunks inne.

In Anbetracht dessen ist die Oppositiionspresse geneigt, die Stellungnahme der „Gazeta Polska“ dem „Zaczyn“ gegenüber dahin zu verstehen, daß die engere Umgebung des Obersten Roc es entschieden abgelehnt hat, die Gruppe des Majors Liliensfeld-Krzewski bei der Aktion des Obersten Roc mitsprechen und den Anschluß erwecken zu lassen, als ob diese Gruppe irgend welchen Einfluß auf die betreffenden Arbeiten des Obersten Roc auszuüben vermöchte.

Mancherlei spricht für diese Annahme, denn ... es sind der Gruppen viele im Hause unseres Herrn und es herrscht nicht eitel Liebe unter ihnen.

* Ein Weggenosse des Marschalls Piłsudski ging zur großen Armee.

Diesjenigen, welche von außen her die inneren politischen Angelegenheiten Polens beobachten und dazu neigen, anstatt nach organischen Zusammenhängen zu forschen, sich flott und unbekümmert allzu gradliniger Schemen bedienen, um polnische Verhältnisse zu charakterisieren, haben jetzt Gelegenheit, etwas zu lernen und in das Grundproblem des gegenwärtig in Polen herrschenden Regimes einen tieferen Eindruck zu gewinnen. Diese Gelegenheit bietet das Verhalten der gesamten Regierungspresse bei der Meldung vom Ableben des ersten Außenministers Polens, Leon Wasilewski, der eine der führenden Persönlichkeiten der polnischen sozialistischen Bewegung war und aktives Mitglied der PPS auch nach dem Konflikt des Marschalls Piłsudski mit dieser Partei bis an sein Lebensende verblieben ist.

Die dem hingeschiedenen Leon Wasilewski gewidmeten Würdigungen und die Rückblicke auf sein Lebenswerk lassen erkennen, welch enge Bindungen zwischen der Unabhängigkeitsbewegung und dem polnischen Sozialismus, der in der PPS verkörpert ist, von Anfang an bestanden haben. Das Bewußtsein davon ist in der älteren Generation der Piłsudski-Gefährten und Piłsudski-Schüler sehr lebendig und übt seine Wirkung auch auf die jüngeren Jahrgänge der Männer aus, die am heutigen Regime in Polen, sei es entscheidend, sei es mitarbeitend, wirken.

Das heutige Regime in Polen kann nur vom geschichtlichen Gesichtspunkte aus richtig verstanden und gewertet werden. Es stellt sich als eine Synthese dar zwischen der demokratischen und sozialistischen Vergangenheit der Unabhängigkeitsbewegung und der durch diese Vergangenheit bestimmten Psychologie der führenden Persönlichkeiten dieser Bewegung auf der einen Seite und den zwingenden Erfordernissen einer neuen Zeit, sowie der durch sie erzeugten Verhältnisse der inneren und äußeren Lage Polens auf der anderen Seite.

Die Vertiefung in diesen Sachverhalt erklärt vieles, was fremden Beobachtern unverständlich sein kann: also vor allem, warum Marshall Piłsudski ungeachtet des ihn nie verlassenden persönlichen Machtbewußtseins es verschämt hat, sich mit den Insignien der Diktatur zu bekleiden, weshalb er das Parlament als gesetzgebende Institution bestehen ließ, weshalb der Versuch, das Ein-Partei-System in Polen einzuführen, von allen Parteien und Gruppen des Piłsudski-Lagers bisher beständig und entschieden abgelehnt wurde. Die Vertiefung in diesen Sachverhalt erklärt weiter viele minder grundlegende, aber dabei in verschiedener Hinsicht folgenschwere Erscheinungen im polnischen Staatsleben, die jemandem, der von außen her seine Betrachtungen anstellt, teilweise sogar als widerstrebend erscheinen mögen, während diese Erscheinungsformen in Wirklichkeit Ergebnisse einer ganz natürlichen, organischen Entwicklung sind.

*
Minister Beck wird sprechen.
Wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, hat am Freitag eine Konferenz zwischen dem Außenminister Józef Beck und dem Vorsitzenden des Außenausschusses des Senats Fürst Bolesław Lubomirski stattgefunden. Hierbei unterhielt man sich über den Termin der Rede, die der Außenminister im Außenausschuß des Senats halten soll. In den nächsten Tagen soll dieser Termin endgültig festgelegt werden.

Professor Grimm widerlegt Greuelmärchen.

„Mehr als Tell!“

Die Verhandlungen im Mordeprozeß David Frankfurter sind am Sonnabend mittag abgeschlossen worden. Das Gericht wird das Urteil im Laufe des Montags den Prozeßbeteiligten schriftlich zustellen. Der Höhepunkt dieses Prozeßes war die Rede, mit der am Sonnabend der Prozeßvertreter von Frau Gustloff, Professor Dr. Grimm, sich mit allen Gegnern des Nationalsozialistischen Deutschland auseinandersetzte.

Politischer Mord bleibt Mord.

In seinen Darlegungen, die ihm als Vertreter der Zivilklage zustehen, hat Professor Dr. Grimm die Auffassung des nationalsozialistischen deutschen Volkes und seine Empörung über den unerhörten Mißbrauch, den der Verteidiger des jüdischen Mörders mit dem Recht der Verteidigung getrieben hat, in klarer und eindringlicher, aber ruhiger und sachlicher Form zum Ausdruck gebracht.

Professor Grimm sagte u. a.: Es sind hier Dinge vorgetragen worden und es ist eine Literatur zitiert worden, die so niedrig ist, daß ich es ablehnen muß, mich überhaupt damit auseinanderzusetzen. Auf dieses Niveau steige ich nicht herab. Das ist alles so niedrig, daß es uns nicht an die Schuhsohlen heranreicht. Ich bin es der Würde des Gerichts schuldig, aber auch meiner eigenen Würde und der Heiligkeit der Sache, die ich hier vertrete, daß ich mich auf solche Diskussion nicht einlasse. Aber ich weiß, mit dem Wort Greuelliteratur allein ist das Problem nicht gelöst.

Es gibt ernste Schweizer, die die Dinge, die sich in Deutschland ereignet haben, nicht begreifen. Diesen ernsten Schweizern aber muß ich sagen: Im Rahmen dieses Prozesses können wir uns nicht auseinandersetzen; das geht über unsere Zuständigkeit hinaus. Das Judenproblem in Deutschland und die Behandlung, die die Judenfrage in Deutschland erfahren hat, ist ein historischer Vorgang von säkularer Bedeutung. Erst in hundert Jahren wird man darüber klar sehen, wie das Urteil der Geschichte endgültig aussieht. Die Zeitgenossen werden in ihrer Mehrheit nie in der Lage sein, die großen, epochenmachenden Vorgänge, die sie miterlebten, abschließend zu beurteilen. Ich lehne es aber ab, dem Herrn Gegner zu folgen und das Gericht hier zu einem Forum politischer Auseinandersetzungen und Propaganda zu machen. Anders dagegen verhält es sich mit den rein rechtlichen Ausführungen über das Problem des politischen Mordes in Deutschland. Hier befinden wir uns auf einem Gebiet des rein Rechtlichen. Bei Ihnen, meine Herren Richter, können irgende Vorstellungen hervorgerufen werden.

Falsch gewählte Beispiele.

Dr. Grimm beschäftigt sich dann mit einer Reihe von Fällen, die Dr. Curti über den angeblichen politischen Mord in Deutschland hervorgebracht hat. Er stellt den Fall des Salomon Teitler richtig, der den Großfeuer-Talat-Pascha 1921 in Berlin ermordete. Der Täter habe damals aus persönlicher Rache gehandelt, weil Eltern und Geschwister vor seinen Augen ermordet wurden, er selbst drei Verwundungen erhielt und längere Zeit unter den Leichen liegen mußte. Der Täter habe an Epilepsie gelitten und hatte unter dem Einfluß von größeren Mengen Alkohol gehandelt. Ein anderer Fall des Freispruchs des Juden Schwarzkart, der den ukrainischen General Petljura erschoss und in Paris nicht verurteilt wurde, sei ein Fall politischer Rache eines Juden, aber mit dem Unterschied,

dass damals 50 000 Juden tatsächlich grausam getötet, gefoltert und zu Tode gemartert wurden.

Aber nach diesem Urteil hätten sich selbst bei den Juden Proteste gegen diesen Freispruch erhoben.

Dr. Grimm beschäftigt sich weiter mit seiner eigenen Haltung in den sogenannten Feuerprozessen und stellt dazu fest, daß er selbst vor dem Gericht in Stettin seinerzeit erklärt habe, politischer Mord ist Mord. Der politische Mord macht den Täter nur zum Überzeugungsträger. Daraus wäre der falsche Vorwurf hergeleitet worden, daß Deutschland den politischen Mord verherrliche, während in Wirklichkeit auch in diesem Prozeß der politische Mord verurteilt sei.

Dann sagt Dr. Grimm weiter: „Frankfurter hat in der Voruntersuchung gesagt, daß eine ganze Welle von Hass in ihm gegen alles vorhanden gewesen sei, was Nationalsozialismus war. Der gegnerische Anwalt hat geglaubt, dies als Milderungsgrund anzuführen zu können. Darf ein Rechtsstaat zulassen, daß der Hass sich zügellos austobt? Muß er nicht rücksichtslos fordern, daß der Hass an den Schranken des Gesetzes hält? Wir stehen heute in der Welt von ernsteren Dingen; die Grundlagen unserer Rechtsordnung sind in Frage gestellt. Zu den feierlichsten Momenten der Parteikongresse des neuen Deutschland gehöre die Weihetunde, mit der der Kongress eröffnet wird, dem Gedenken der Toten. In diesem Schweigen verharrt die Menge, wenn die Namen der Toten verlesen werden, über 200 an der Zahl. Gustloff gehört heute zu ihnen. „Glauben Sie wirklich, daß eine Bewegung, die solche Opfer zu beklagen hat, es leicht nehme mit dem politischen Mord?“

Das Chaos bedroht Europa.

Langsam erst reift die Erkenntnis heran von der gemeinsamen Gefahr, die alle Völker Europas bedroht. Soll uns das Chaos, die Anarchie überrennen? Politischer Mord ist Mord. Die Stunde ist ernst. Wir können das, was sich hier in Ihren stillen Bergen abgespielt hat, gar nicht ernst genug beurteilen.“ Professor Grimm überreichte dann dem Gericht seinen Protest. Der Vorsitzende lehnte aber die Verlesung des Protestes wegen Einspruchs von Dr. Curti ab.

Auch der Amtskläger gegen Dr. Curti.

Nach Dr. Grimm meldet sich der Amtskläger zu Wort. Er wendet sich gegen Dr. Curti. Eine Sache, für die man nur zur Erklärung 1½ Tage gebraucht, sei eine schlechte Sache. Er faßt dann seine Auffassung von der Tat noch einmal in folgende Feststellungen zusammen:

Frankfurter hat mit vollen Überlegung gemordet. Er hat die Waffe in der Absicht des Mordes gekauft. Er hat Schießübungen veranstaltet. Er hat die Reise nach Davos in der Mordabsicht gemacht, wobei sein erstes Geständnis ausschlaggebend ist, da immer das erste Geständnis das wahre ist.

Er hat sich von seinem Vorhaben durch nichts abringen lassen. Er hat den Plan für die Mordtat aufgezeichnet. Er hat die Gelegenheiten sorgfältig auskundschaftet. Er hat sich Einsatz zwecks Mordes in die Wohnung verschafft. Er hat die Mordtat so ausgeführt, wie er sie vorher geplant hatte.

Der Verteidiger des Mörders, Dr. Curti, der jetzt noch einmal spricht, weiß zur Entgegnung gegen Dr. Grimm nur anzuführen, daß dieser nicht, wie ihm vom Gericht zugesagt, 15, sondern 35 Minuten gesprochen habe. Dr. Curti beschäftigt sich dann mit der Person des Mörders. Er behauptet jetzt, daß dieser Mörder, der im Gerichtssaal fortgesetzt gesogen hat, immer die Wahrheit gesagt habe. Dann kommt wieder ein langes Kapitel über die rasenpolitische Gesetzbgebung. Dabei muß Dr. Curti wegen des geringen Eindrucks seiner gestrigen Rede hente bereits zugestehen, daß die Hälfte des von ihm vorgetragenen Materials vielleicht tatsächlich auf Greuelmeldungen beruht. Nach einer weiteren Häufung unmöglichkeitserhöhender Entschuldigungsversuche für den jüdischen Mörder nahm es nicht wunder, daß der Anwalt schließlich erklärte:

„Ich will Schiller nicht zitieren, aber ich könnte sagen: David Frankfurter ist seinem Gegner entgegentreten, er hat ihm nicht in einer hohen Gasse aufgepeilt.“ Triumph nur ganz bescheiden den Tell des jüdischen Volkes gesehen. Dr. Curti war es vorbehalten, den Menchelmörder über den größten Helden der freien Schweiz erheben zu wollen.

Schließlich forderte der Verteidiger das Gericht auf, auf Grund von § 45 des Graubündner Strafrechts die man in der Zurechnungsfähigkeit Frankfurters anzuerkennen, die Frage des Mordes zu verneinen und auf Totschlag zu erkennen.

Das Schlusswort des Mörders.

Dann gibt der Vorsitzende dem Mörder das letzte Wort. Man hatte allgemein, besonders bei den Juden, im Saal erwartet, daß nun der „Held“, der „David-Tell“, sich offenbaren würde. Der Mörder stotterte dann aber nur einige Sätze über angebliche Greueldinge zusammen, die er, in Berlin erlebt haben will. Der Vorsitzende verweist ihn darauf, daß das für das Prozeßverfahren jetzt ohne Bedeutung sei. Frankfurter schweigt. Er sagt nichts über das Verlangen nach einem Freispruch, nichts zum Strafmahl. Er setzt sich einfach auf seinen Platz. Der Vorsitzende schließt nunmehr die Verhandlung mit der Mitteilung, daß das Urteil am Montag ohne öffentliche Verhandlung schriftlich den Prozeßbeteiligten zugestellt werde.

Professor Grimms Protest.

Der deutsche Prozeßvertreter von Frau Gustloff, Professor Dr. Grimm, hat nach seiner Rede gemeinsam mit dem schweizerischen Prozeßvertreter Dr. Ursprung im Gerichtsaal von Chur den folgenden Protest gegen das Verhalten des Verteidigers des jüdischen Mörders David Frankfurter, Dr. Curti, übergeben:

„In seinem das Verfahren regelnden Beschluss vom 20. November 1936 hat das Gericht unter Nr. 5 bestimmt: Das Gericht hat davon Kenntnis genommen, daß die Verteidigung in bestimmtester Weise erklärt hat, ihrerseits werde sie den Prozeß keineswegs zu einem politischen Angriff missbrauchen. Die Verteidigung hat es schon in ihrem Schreiben vom 26. Oktober 1936 versichert, daß sie dem Herrn Präsidenten bereits mündlich erklärt habe, daß sie sich streng bemühen werde, das politische Gebiet nicht zu betreten.

Trotz dieser feierlichen Zusage hat die Verteidigung den ganzen Verhandlungstag, volle sechs Stunden, dazu benutzt, Ansprüche zu machen und Schriftstücke zu verlesen, die mit dem Prozeß und der Person Frankfurters nicht das geringste zu tun haben und eine einzige Beschimpfung eines der Schweiz befremdeten Landes enthalten.

Durch dieses tatsächliche Verhalten der Verteidigung sind die Befürchtungen, die wir in unserer Eingabe vom 12. November 1936 ausdrückt haben, nicht nur bestätigt, sondern bei weitem übertroffen worden. Es bedarf keines Nachweises, daß durch dieses unerhörte Vorgehen der Verteidigung die Interessen unserer Aufrüttlerin auf das empfindlichste verletzt werden und daß es einen Mißbrauch der Rechte der Verteidigung bedeutet, wenn diese es unternimmt, in einem Verfahren, in dem die Witwe des Ermordeten von dem Mörder, der ihr das Liebste gerahmt hat, Genugtuung für den erlittenen Schmerz begehr, diesen Schmerz nur zu vermehren durch zügellose Angriffe auf die Ehre des Landes und der Bewegung, die dem Geißelten ein und alles war. Wir halten uns für verpflichtet, namens der Zivilpartei gegen diesen Mißbrauch der Verteidigung feierlich Protest zu erheben.“

*

Der Prozeß Frankfurter in der polnischen Presse.

Der Prozeß Frankfurter in Chur hat auch in der polnischen Presse einen Widerhall gefunden, die über die wichtigsten Etappen der Verhandlung nach der polnischen Telegraphen-Agentur berichtet. Der nationaldemokratische „Warszawski Dziennik Narodowy“ erinnert von sich aus daran, daß die jüdische Presse seit längerer Zeit eine Kampagne für die Freisprechung des Angeklagten führe. In Paris steht an der Spitze dieser Kampagne u. a. der Abgeordnete Henry Torres, der als Rechtsanwalt die Freisprechung des Mörders von Petljura, Schwarzkart, durchgesetzt hatte. Nach dieser Einleitung sitzt das Blatt die Stelle der Rede des Verteidigers Frankfurters, die die Tat des Angeklagten rechtfertigen soll: „Frankfurter“, so sagte der Verteidiger, „hat Gustloff ermordet, da er die größten Feinde (?) arbeitsloser (?) Menschen haben treffen wollen. Nicht allein die tragische Lage der deutschen Juden habe ihn zu der Tat getrieben. Er habe sich nicht länger beherrschen können und sich zu einem Schritt entschlossen, der die Aufmerksamkeit der ganzen Welt darauf lenken sollte, was in Deutschland vorgehe. Frankfurter sei von Geburt an ein unglücklicher Mann. Er sei außerdem auf einem Ohr taub, im zweiten habe er heftiges Ohrensausen, das ihn auch nicht einen Augenblick Ruhe gönnen. Außerdem leide er an Schwindfieber, sein Gesundheitszustand habe im Gefängnis eine Verschlechterung nicht erfahren.“

Der „Dziennik Narodowy“ ironisiert diese Verteidigung des Mörders in folgenden treffenden Worten: „Wir haben hier zwei typisch jüdische Griffe. Einerseits macht man aus Frankfurter einen heldenmütigen Rächer jüdischen Rechts, andererseits stellt man ihn als Krüppel dar, der für sein Verbrechen nicht verantwortlich gemacht werden darf. Echt jüdisch!“

Die Leipziger Messe im Neuaufbau einer Weltwirtschaft der Menschen und Waren.

Von Dr. Raimund Röhler, Präsident des Leipziger Messeamts.

Jede Leipziger Messe ist eine Manifestation gegenseitiger Abhängigkeit aller arbeitsstarken wirtschaftenden Menschen und Völker. An der Leipziger Messe nehmen regelmäßig Hunderte von Firmen aus allen wichtigen Industrieländern der Erde als Aussteller teil, und zu diesen tritt die gesamte deutsche Industrie mit einem Angebot, das nichts vermissen läßt, was nur irgend für einen Käufer aus anderen Ländern von Interesse sein könnte. Andererseits versammeln sich auf der Leipziger Messe regelmäßig rund 25 000 Kaufleute aus nahezu sämtlichen Staaten der Erde, um hier ihre Geschäfte abzuwickeln. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn an einem solchen erstrangigen Handelsplatz die heutigen Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Welthandels besonders anschaulich zur Geltung treten. Im Angesicht dieser Möglichkeiten und Schwierigkeiten kann man mit Fug und Recht sagen, daß, wer in Leipzig steht, wie Bedarf und Bedarfsbefriedigungsmittel sinnvoll ineinanderstreifen, nicht an einen Berfall der Weltwirtschaft glauben kann, mindestens nicht an einen Berfall dieser Weltwirtschaft der Menschen und Waren.

Es scheint, als müsse man in diesem Sinne heute zwei Weltwirtschaften unterscheiden:

eine Weltwirtschaft der abstrakten Forderungen und Schulden, und eine Weltwirtschaft der konkreten Menschen und Waren.

Die eine wird immer bestehen bleiben, während die andere, die Weltwirtschaft der Schulden und Forderungen, ins Banken geraten ist und nun schon seit fast 20 Jahren fortgesetzte schwere Krisenwellen in den Handelsbeziehungen der Völker verursacht. Zu ihr gehören die Vertrauenskrisen auf den internationalen Kreditmärkten, ebenso wie die ungewöhnliche Goldverteilung und die von den Goldblöckländern ausgegangene Abwertungswelle der letzten Monate. Wenn man früher sagte, daß die weltwirtschaftlichen Forderungen und Verpflichtungen immer letzten Endes nur aus dem Warenverkehr, d. h. also aus der Weltwirtschaft der Menschen und Waren, stammen, daß also das eine oder das andere bedingt sei und man daher den internationalen Zahlungsausgleich nicht schwarz, den Warenaustausch dagegen weiß malen könne, so ist dem heutigen entgegenzuhalten, daß es ja gerade die Tragik der Nachkriegsweltwirtschaft ist, daß dem nicht so war! Die heutige Unterblöcke in internationalem Zahlungs- und Forderungsbereich hat ihren Ursprung nicht in früher einmal erfolgten zwischenstaatlichen Warenbewegungen, sondern direkt oder indirekt in willkürliche festgestellte Kriegsentlastungen, "Reparationen" und sogenannte Kriegsschulden!

In welchem Verhältnis steht nun Deutschland als das Land, welches die internationale Leipziger Messe beherbergt, zu diesen beiden Weltwirtschaften? Deutschland ist, so schreibt die Londoner "Times" unlängst, ein Schlußland, und die Stabilisierung der Währung, sowie die Befestigung des Währungskontrollsystems ist in Schlußländern sehr viel schwieriger als in Gläubigerländern. Wenn ein Währungskontrollsystem in der Form von Währungsausgleichsfonds und Verböten von Auslandskreditinstituten heute schon für Gläubigerländer nötig sei, um vieles notwendiger müsse es dann für Schlußländer sein, für die nicht das kleinste Problem des Kursausgleichs eine Rolle spielt, sondern das große der Erhaltung der mageren Devisenquellen zum Zwecke der Finanzierung lebensnotwendiger Einfuhren! Das deutsche Devisenaufkommen sei äußerst beschränkt. Das könne man nicht nur am Ausweis der Reichsbank, sondern auch an der Knappheit von Öl, Fett und anderen Artikeln erkennen. Aber selbst dieses beschränkte Devisenaufkommen würde Deutschland nicht aus Verzweiflung stehen, wenn seine Ausland-Bankländer seit der Krise von 1931 nicht mit ihren Forderungen "stillgehalten" hätten. Trotz dieser Hilfe habe Deutschland seine Schuldenrückzahlung nur teilweise durchführen können. Seit 1931 sei es nicht mehr in der Lage gewesen, neue Kredite aufzunehmen. Eine der schweren Folgen davon sei, daß Deutschland auf kostspieligem Wege synthetischen Gummi zu erzeugen gezwungen wird, während im Orient der Gummi in überflüssigen Mengen aus dem Baum tropft. Eine Abwertung der Mark würde nur das deutsche Devisenabkommen verringern. Wenn man daher Deutschland die Liquidation des Stillhalteabkommen und die Fortsetzung der Schuldenrückzahlung ermöglichen und es im übrigen in die Lage versetzen wolle, im früheren Umfang als Käufer im Ausland aufzutreten, so bleibe als einziges Mittel, die Zölle zu senken und die Gläubigerländer wieder an internationales Kreditaufkommen zu bewegen.

Sowohl der Ein-Berichterstatter der "Times" als auch der Berichterstatter der "Stern" schreibt, daß die Weltwirtschaft der Forderungen und Schulden" ganz verhaftet. Es läuft die andere Alternative, daß Deutschland neue Auslandskredite gar nicht nehmen will, um sich nicht nach ein paar Jahren wieder vor derselben Situation wie gestern und heute zu sehen, fast ähnlich außer acht. Das aber ist das Entscheidende: Deutschland und fast alle anderen Schlußländer der Welt wollen sich aus der Umklammerung der internationalen Kreditwirtschaft befreien, d. h. die Gefahr beseitigen, eines Tages ohne Devisenaufkommen und damit ohne Mittel zu sein, diejenigen Waren, Rohstoffe und Lebensmittel zu kaufen, die die Angehörigen ihrer Nation brauchen.

Da aber die Einfuhrzölle leider eben nicht herabgesetzt werden, was der Berichterstatter der "Times" in aussichtsreicher Erkenntnis empfiehlt, so ergeben sich mit harter Forderlichkeit für diese Schlußländerstaaten, z. B. in Weißrussland, beide Forderungen weg von der Weltwirtschaft der Forderungen und Schulden. Der erste ist der Verlust der Güterproduktion von Waren und Rohstoffen mit dem Ende einer Autarkie. Er bedeutet den Verlust einer gänzlichen Lösung vom internationalen Wirtschaftsaufbau. Der andere jedoch besteht nach einem Neuaufbau der Weltwirtschaft der Menschen und Waren. Dieser Neuaufbau soll sich so vollziehen, daß durch erhöhte Leistungen solche neuen Produkte geschaffen werden, nach denen die Menschen wirklich verlangen und die sie auch brauchen. Solche Produkte bauen sich erfahrungsgemäß noch immer in der Welt ihren Platz, selbst wenn sie die höchsten Zollmauern überwinden müssen.

Deutschland gilt heute in allgemeinem als Exponent der ersten Richtung, d. h. als konsequenter Verfolger des ihm aufzugebenden Ziel einer Verselbständigung durch Erzeugung synthetischer Rohstoffe. Der neue Bierherrscher des Reichstags, Hitler, scheint dies zu bestätigen. Dennoch ist diese Auffassung, wie das Beispiel der Leipziger Messe zeigt, vollkommen irrig.

Wer die beiden Leipziger Messen des Jahres 1936 gesehen hat und wer in der Lage ist, der Frühjahrsmesse 1937 einen Besuch abzustatten, dem kann nicht der Gedanke kommen, daß die deutsche Industrie von ihrem Aufbau abweichen, Millionen von Menschen auf der ganzen Erde mit erstklassigen Gebrauchsgütern und Ma-

Firmennachrichten.

v. Thorn (Toruń). Zwangsversteigerung des in Thorn, Tuchmacherstraße, belegenen und im Grundbuch Thorn-Neustadt, Band VI, Blatt 178, Inh. Janina Rudzińska geb. Przybojewska, augenblicklich verehelichten Kosmowska aus Rypin, eingetragenen Grundstück (Wohnhaus mit Seitenflügel und Hofraum) am 15. Januar 1937, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 28. Schätzungspreis 15 778,50 Zloty.

ef Briesen (Babrzeczo). Zwangsversteigerung des in Briesen, Markt sowie im Grundbuch belegenen und im Grundbuch unter Briesen, Bd. 1, Nr. 9a und Nr. 756 eingetragenen Bauvorzellen im Größe von 6,12,30 Hektar (mit Wohnhaus), Inh. Felicja Bielejewski, am 21. Januar 1937, um 11 Uhr vorm. im hiesigen Bürgergericht, Zimmer 12. Schätzungspreis 21 030 Zloty.

ef Briesen (Babrzeczo). Zwangsversteigerung des in Briesen, Markt sowie im Grundbuch unter Briesen, Bd. 24, Nr. 584 eingetragenen Stadtgrundstückes in Größe von 0,27,90 Hektar, Inh. Herbert Bauer, am 21. Januar 1937, um 11,30 Uhr vorm. im hiesigen Bürgergericht, Zimmer 12. Schätzungspreis 1 000 Zloty.

ir Stargard (Starogard). Zwangsversteigerung des in Stargard (Starogard) belegenen und im Grundbuch Stargard, Blatt 407, Inh. Stanisław Franciszek Łoś, geb. Klejn, eingetragenen Grundstück (Wohn- und Geschäftshaus, Scheune und Stall, sowie 798 m² Ackerland), am 18. Januar 1937, 11,30 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14. Schätzungspreis 9000 Zloty.

v Stargard (Starogard). Zwangsversteigerung des in Stargard (Starogard) belegenen und im Grundbuch Stargard, Blatt 429, Inh. Chesteusz Franciszek und Maria Anna Przemysłek, eingetragenen Wohn- und Geschäftshaus am 18. Januar 1937, 12 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14. Schätzungspreis 30 000 Zloty.

ischen zu versorgen im Tausch gegen in Deutschland benötigte Waren. Die in Leipzig zu beobachtenden Anstrengungen, immer wieder Neues und Verbessertes hervorzu bringen, können nur das Ergebnis einer Anspannung aller verfügbaren Kräfte sein!

In der Weltwirtschaft der Menschen und Waren reagieren nicht wie in der Kreditwirtschaft Schuldtitel und Kinschneide, sondern konkrete Leistungen.

Es leuchtet aber nicht nur jedem Kaufmann, sondern auch jedem Laien mit gefundener Menschenverstand ein, daß, wie vor Jahrzehnten, der echte Fortschritt in Welthandel und Weltwirtschaft nur von neuen Leistungen kommen kann, d. h. es müssen neue und neuartige Waren die Bedürfnisse der Menschen besser und billiger als bisher befriedigen. Für solche Waren wird in der Welt immer Absatz zu finden sein, und um den Austausch solcher Waren ist die deutsche und mit ihr die Elite der Industrie anderer Erzeugungsländer in Leipzig bemüht.

Die Leipziger Messen haben in den letzten Jahren trotz Weltwirtschaftswirren einen mächtigen Aufschwung genommen. Nicht nur das Angebot, auch die Nachfrage ist von Jahr zu Jahr gewachsen. 1933 kamen zur Frühjahrsmesse nur 16 000 Kaufleute aus europäischen und überseeischen Ländern nach Leipzig, 1936 waren es 25 000. Die Beantwoortung der Klubräume für nichtdeutsche Besucher der Messe ist dadurch so gewachsen, daß sich die Leitung der Messe jetzt genötigt sieht, ein "Haus der Nationen" zu schaffen, und allen Wünschen nach bequemer Geschäftsabwicklung usw. zu entsprechen. Die Einweihung des "Hauses der Nationen" wird zur Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse 1937, am 28. Februar, erfolgen.

Man hat gemeint, daß dieses Anschwollen des Beliebtes der Leipziger Messen in den letzten Jahren nicht so sehr daher käme, daß die fremden Kaufleute kaufen wollten, sondern in der Hoffnung, weil sie die neueren Neuerungen betrachten und nach einer oder zwei Probeaufträgen im eigenen Lande selbst herstellen möchten. Sowohl ergeben statistische Erhebungen, daß die auf der Messe anwesenden Kaufleute tatsächlich nicht nur Neuerungen betrachten, sondern auch kaufen. Aber darüber hinaus möchte man sagen:

Wohl dem Lande, das einen so unerschöpflichen Nachfragepotenzial besitzt, daß es nicht auf die Nachahmer zu blicken braucht, die hier und da im Kielwasser schwirren, technischen und wirtschaftlichen Geistes fehlen!"

Dem Aussteller der Leipziger Messe ist es so wie Nachahmer nicht lange. In der Zeit, in der die Nachahmung vollzogen ist und das nachgeahmte Produkt ebenso billig und gut hergestellt werden kann, wie es aus Deutschland prompt lieferbar ist, in der gleichen Zeit sind die Erzeuger in Geschmacksbildung und Entwicklung schon wieder ein so großes Stück weitergekommen, daß die nächsten Messekollektionen schon wieder neue Überraschungen bringen und damit die mühsam aufzumengelebte Produktion der Nachahmer erneut ins Hintertreffen setzen. Ein solcher stetig aufwärts schreitender Geist beherrscht die Leipziger Messe, auf der sich Menschen und Waren treffen. Ein solcher Geist beherrscht aber auch die gesamte deutsche Industrie, deren oberster Grundsatz immer wieder die Erstrebung einer möglichst engen internationalen Zusammenarbeit ist zum Zwecke des Ausbaus einer neuen Weltwirtschaft der Menschen und Waren.

Exportprovisorium für Januar?

Der Gang der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Ein Teil der polnischen Presse will erfahren haben, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Verlängerung des Wirtschaftsabkommen für das Jahr 1937 auf Schwierigkeiten

stoßen. Da der alte Vertrag bekanntlich zusammen mit der bereits geltenden Verlängerung am 31. Dezember d. J. abläuft, so nimmt man an, daß der neue Vertrag bis zum Jahresende noch nicht abgeschlossen sein dürfte. Es sei nicht ausgeschlossen, daß daher für den ersten Monat des neuen Jahres ein eingesetziges Exportprovisorium abgeschlossen werden wird.

Wie dieser Teil der polnischen Presse wissen will, sollen die Schwierigkeiten der Verhandlungen in der Regelung der Transithäfen liegen. Deutschland habe den Vorschlag gemacht, die Transithäfen vollständig durch Waren zu decken, während Polen bei der Forderung bleibt, daß die laufenden Transithäfen in bar zu entrichten seien.

Bon anderer Seite liegen noch keine Meldungen vor, daß Schwierigkeiten bei den Verhandlungen aufgetreten seien.

Die Lage der polnischen Aktienbanken Ende Oktober.

Die Sammelsumme der in Polen tätigen 36 Banken und der 9 Bankhäuser betrug am 31. Okt. d. J. 1450,3 Mill. Zloty gegenüber 1442,1 Mill. Zloty am 30. September d. J. Von dieser Gesamtsumme entfallen auf 8 Großbanken 834,8 Mill. und auf die 4 Zweigbanken ausländischer Banken 141,2 Mill. Zloty. Gegenüber dem September sind in den einzelnen Positionen der Aktiven nur sehr geringe Veränderungen eingetreten. Der Aktienbestand bezifferte sich auf 39,7 Mill. Zloty (+ 2,1), der Bestand an ausländischen Devisen auf 2,5 Mill. Zloty (- 0,8) und der Bestand an Wertpapieren auf 52,9 Mill. Zloty (+ 0,2). Das Wechselpolportefeuille hat einen Bestand von 317,4 Mill. Zloty (+ 18,0) und die Guthaben in laufender Rechnung betragen 381,7 Mill. Zloty (- 8,9), die langfristigen Hypothekenkredite beliefen sich auf 102,9 Mill. Zloty (- 0,8). Auf der Seite der Passiven war bei den Eigenkapitalien, die 231,8 Mill. Zloty betragen, keine Veränderung zu verzeichnen, dagegen sind die Einlagen, die 336,1 Mill. Zloty betragen, um 6,9 Mill. Zloty geringer gewesen, wobei die reinen Spareinlagen in Höhe von 86,8 Mill. Zloty um 2 Mill. Zloty geringer waren und die befristeten Einlagen von zusammen 106,5 Mill. Zloty um 4 Mill. Zloty verringerten. Die Kreditsalden in laufender Rechnung waren um 9,7 Mill. Zloty höher und betrugen 195,0 Mill. Zloty, der Wechselkreditkonto betrug 118,5 Mill. Zloty (+ 8,1), der Diskont von Wechseln der Akteure 15,7 Mill. Zloty (+ 0,8), die Summe der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe und Obligationen betrug 102,7 Mill. Zloty (- 0,2).

Größere Zahl der Beschäftigten in Polen.

Wie das Polnische Statistische Hauptamt mitteilt, war die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben der verarbeitenden Industrie Ende Oktober d. J. wesentlich höher als im gleichen Monat des Vorjahrs. So waren z. B. in nachstehend angeführten Industriezweigen an Arbeitern beschäftigt: Zementwerke 3900 (Oktober vorjährigen Jahres 3400), Ziegelfabriken 19 100 (16 300), Glasfabriken 18 900 (10 900), Porzellan- und Fayencefabriken 4500 (4800), Metallindustrie 48 300 (88 200), Maschinenindustrie 20 100 (29 900), elektrotechnische Industrie 11 200 (9800), Textilfabriken 123 500 (117 400), Papierfabriken 9900 (9300), Gerbereien 4500 (4500). Auch die Zahl der durchschnittlich wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden zeigt eine Veränderung. So wurde gearbeitet: in der Zementindustrie 177 800 Stunden (153 900), in Ziegelfabriken 868 900 (700 100), in den Glassfabriken 569 800 (449 500), in den Porzellanfabriken 192 100 (172 900), in der Metallindustrie 1 179 900 (907 800), in der elektrotechnischen Industrie 464 400 (402 100), in den Petroleumraffinerien 125 300 (123 600), in den Textilfabriken 4 716 800 (4 434 400), in den Papierfabriken 419 700 (390 300) Stunden.

Auslösung der polnischen Kots-Konvention. Anfang Dezember d. J. wurde die polnische Kots-Konvention aufgelöst, die seit dem Jahre 1931 den Kotsabsatz am einheimischen Markt regelte. Wie an Katowice verlautet, soll mit Rücksicht auf die Marktlage, die eine starke Nachfrage nach Kots verrät, im Verband der Kooperativen der Beifall gegeben werden, kein längst vorübergehend die straffe Regelung des Kotsabsatzes zu lockern.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 14. Dezember. Die Preise laufen Parität Bromberg (Waagabladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 688,5 g/l. (117,2 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit, Hafer 413 g/l. (69 f. h.) zulässig 5%, Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht, Gerste (61-667 g/l. (112-113 f. h.) zulässig 1%, Unreinigkeit, Gerste 643-649 g/l. (108,0-109,9 f. h.) zulässig 2%, Unreinigkeit, Gerste 620,5-626,5 g/l. (105,1-106 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit.

Geldmarkt.
Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polni" für den 14. Dezember auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polni beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Berlin, 12. Dezember. Umtl. Devisenkurse. Newyorl 2.488-2.492

London 12,195-12,225, Holland 135,41-135,69, Norwegen 61,29 bis 61,41, Schweden 62,87-62,99, Belgien 42,07-42,15, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 11,60-11,62, Schweiz 57,17-57,29, Prag 8,761 bis 8,779, Wien 48,95-49,05, Danzig 47,04-47,14, Warshaw —.

Die Bank Polni zahlt heute für: 1 Dollar, grobe Scheine 5,281/2, Bl. dto. ll. Scheine 5,28 Bl. Kanada — Bl. 1 Pfd. Sterling 25,93 Bl. 100 Schweizer Franken 121,45 Bl. 100 französische Franc 24,68 Bl. 100 deutsche Reichsmark 125,00, in Gold — Bl. 100 Danziger Gulden 99,80 Bl. 100 öst. Kronen 17,40 Bl. 100 österreich. Schillinge 93,00 Bl. holländischer Gulden 287,90 Bl. belgisch Belgas 89,40 Bl. ital. Lire 24,70 Bl.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Wolener Getreidebörsen vom 12. Dezember. Die Preise verlaufen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen 45 to 19,85
210 to 19,90
375 to 20,00

Richtpreise:

Wheaten 24,50-24,75
Standardweizen 24,75-25,00

a) Braugerste 24,00-25,00

b) Einheitsgerste —

c) Gerste 661-667 g/l. 21,25-21,75

d) 643-649 g/l. 21,00-21,25

e) 620,5-626,5 g/l. 20,00-20,25

</